

Dat Pöggsken

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

**Guten Tag,
liebe Leserin
und lieber
Leser.**

Wie so oft, steht dieses erste Pöggsken im Jahr zu einem großen Teil im Zeichen der Haushaltsaufstellung. Für Sie aber ist vor allem wichtig, was in Telgte wirklich passiert, weshalb solch „technische“ Themen nicht sofort im Vordergrund stehen. Letztendlich bestimmt der Haushalt aber genau diese Agenda und beschäftigt die Politik entsprechend. Wir wollen Ihnen einige dieser Themen noch einmal nahe bringen.

Einen Wechsel hat es in diesem Zusammenhang bei der Bedeutung des Wortes „konservativ“ gegeben. Im Parteienspektrum mit dem „bürgerlichen“ Lager verbunden, bezeichnet es in finanzpolitischen Fragen eher einen vorsichtigen Umgang mit Zahlen auf der sicheren Seite. Genau das haben „die Anderen“ in diesem Jahr aber verweigert und den Haushalt schön gerechnet, wo es nur ging. Also sind jetzt die Grünen mal die Konservativen, ob es uns gefällt oder nicht. Verkehrte Welt!

Richtig ist aber, dass Ostern vor der Tür steht, und Ferien gibt's dazu. Wir wünschen Ihnen also schöne, entspannte und konservative Ostertage, mit Eiern und so, und natürlich viel Spaß mit dem neuen Pöggsken.

Ihre Pöggskenredaktion



Haushalt 2015

Solide ist anders

Grundschule in Westbevern, zwei neue Kitagruppen in Vadrup – die wichtigen Projekte 2015 sind im Haushalt abgebildet und dennoch stimmen die Grünen und der grüne Bürgermeister nicht zu. Ein Novum in Telgte.

Fast zehn Stunden, von Neun Uhr morgens, bis abends um halb sieben, dau-

erte die Sitzung des Finanzausschusses, in der es über Höcksken und Stöcksken ging, in der über Beträge von mehreren 100.000 Euro und manchmal auch über 500 Euro diskutiert und gerungen wurde, und an deren Ende das stand, was sich in der Ratssitzung drei Wochen später bestätigte: Ein Haushalt,

dem weder der Bürgermeister, noch die grüne Fraktion zustimmen konnte.

Der Grund dafür lag nicht in den Planungen für das kommende Jahr, die sich im Haushalt abbilden, sondern in der äußerst fragwürdigen Finanzierung. Ausgerechnet die sogenannten „bürgerlichen“ Parteien, unterstützt

von der SPD, rechneten sich das Zahlenwerk einfach schön, um eine solide Finanzierung über eine moderate Anhebung der Grundsteuern zu vermeiden.

Trauriger Höhepunkt war dabei der Beschluss, zwei Drittel der Kosten für die Einrichtung zweier neuer Kita-Gruppenräume als Investition zu werten, während der selbe Wirtschaftsprüfer, der den Jahresabschluss prüfen wird, 10 Minuten vorher persönlich im Ausschuss empfohlen hatte, nur ein Drittel als Investition zu rechnen. Eyes wide shut!

Ebensogut könnte man die Tankanzeigen der städtischen Fahrzeuge mit Bildchen überkleben, die immer einen vollen Tank zeigen.

Immerhin hat die grüne Fraktion für diesen denkwürdigen Beschluss eine namentliche Abstimmung beantragt, so dass es später keine Ausreden geben wird.

Wir reden hier aber nicht mal annähernd über einen Haushaltsausgleich, sondern über die Grenze zur Haushaltssicherung, über die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts durch den Kreis. Der Haushalt der Stadt hat eine festgelegte Mechanik,

Fortsetzung auf Seite 2

Satellitenwache Nord

Standortsuche im Blindflug

Der geplante Satellitenstandort der Feuerwehr an der Einenerstraße ist in die Kritik geraten und steht auf der Kippe.

Einst im Rat mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, scheren CDU und FDP aus und wollen die etwa

127.000 Euro, die schon an Planungs- und ersten Bauvorbereitungskosten investiert wurden, endgültig in den Sand setzen und den Bauantrag zurückziehen. Aber ist das sinnvoll oder totaler Blindflug?

Es war von Anfang an offen-

sichtlich, dass auch gegen den Nordstandort der Feuerwehr Klagen vor dem Verwaltungsgericht eingereicht werden. Die Verwaltung und das beauftragte Rechtsanwaltsbüro sehen die Erfolgsaussichten dieser Klagen jedoch zu Recht

Fortsetzung auf Seite 2

Veranstaltungsreihe

Grün trifft

Mittwoch 20.05.2015

Grün trifft Israel:

Luca Kante - Mein Jahr in Israel

Mittwoch 19.08.2015

Grün trifft - Emsauen:

Rundgang mit Erläuterungen zu den aktuellen Renaturierungsmaßnahmen.

++ Grüner Ortsverband diskutiert in Westbevern : Seite 13 ++ Kinderbetreuung 2015 in Westbevern: Seite 3 ++ Grüne besuchen DITIB: Seite 5 ++ ZIB erhält ersten Preis: Seite 8 ++ Haushaltsrede 2015 : Seite 9 ++

Religio - Beteiligung in Städtische Wirtschaftsbetriebe aufgenommen

Die Stadt Telgte ist bzw. war Gesellschafterin der RELIGIO GmbH. Die Beteiligung der Stadt, die unter anderem auch die Defizitübernahme des Museums beinhaltet, wurde im vergangenen Jahr an die Städtischen Wirtschaftsbetriebe Telgte GmbH übertragen.

Die Wirtschaftsbetriebe erwirtschafteten, hauptsächlich durch die Anteile an den Stadtwerken ETO, jedes Jahr

einen Überschuss von etwa 300.000 Euro die für den städtischen Haushalt aber nur nutzbar waren, wenn diese mit 26 Prozent Kapitalertragssteuer versteuert worden wären.

RELIGIO

Dadurch, dass die Wirtschaftsbetriebe nun die Beteiligung übernommen haben sind diese auch für die

Verlustübernahme verantwortlich. Der städtische Anteil beträgt hier jährlich etwa 130.000 Euro.

Die Stadt Telgte kommt jedoch noch für die Personalkosten für die Finanzbuchhaltungskosten auf. Diese summieren sich immerhin auf 15.000 Euro jedes Jahr.

Unsere Idee, dass die Stadt den Wirtschaftsbetrieben hierüber eine Rechnung stellt, um die Kapitalertragssteuer

zu vermeiden und den städtischen Haushalt verlustfrei um 15.000 Euro zu entlasten, scheint jedoch aus rechtlichen Gründen nicht ganz einfach und muss daher noch geprüft werden. Wir würden uns freuen, wenn es klappt, und bleiben selbstverständlich am Ball.

m.h.

Grüne News aus Telgte



Jede Woche aktuell und auf den Punkt!

Kostenlos per E-Mail.

Anmeldung unter gruenewelle@gruene-telgte.de

Satellitenwache Nord Standortsuche im Blindflug

Fortsetzung von Seite 1

als aussichtslos an. Es wurden anfängliche Schwächen bei Lärmschutz und Wegeführung planerisch aus dem Weg geräumt und ein Bauantrag beim Kreis Warendorf als Baugenehmigungsbehörde gestellt.

Die Entscheidung über den Bauantrag steht mittlerweile kurz bevor. Dennoch möchten CDU und FDP den Bauantrag zurückziehen und den Standort an der Einenerstraße nicht weiter verfolgen. Vielmehr solle der Altstandort an der Ritterstraße, „nach baldiger Fertigstellung des neuen Feuerwehrgerätehauses im Süden der Stadt die Funktion als Standort nördlich der Bahnlinie in notwendigem Umfang auf absehbare

Zeit hin erfüllen können“.

Hierbei verkennen CDU und FDP jedoch, dass der Altstandort definitiv abgängig ist. Dieser Standort mag zwar noch einige wenige Jahre nutzbar sein, doch dann muss entweder an der Ritterstraße viel Geld in die



Hand genommen werden, um das Gebäude zu sanieren, oder eben der Standort an der Einenerstraße realisiert werden.

An der Ritterstraße stellt sich auch die Problematik, dass, sobald größere Umbauten vorgenommen werden eine Baugenehmigung erforderlich ist. Ob diese erteilt werden kann, ist rechtlich deutlich zweifelhafter als an der Einenerstraße.

Finanziell werden die Kosten sehr wahrscheinlich in einem ähnlichen Rahmen liegen. Jedoch sieht der Brandschutzbedarfsplan, der der im September 2012 fortgeschrieben wurde, aus fachlicher Sicht den Standort an der Einenerstraße als deutlich besser an. Hierbei

geht es um Dinge wie die Zeit, die die KameradInnen benötigen, um zur Garage zu kommen, den Wohnort der KameradInnen und den Vorteil, möglichst schnell an der Umgehungsstraße zu sein.

Außerdem bietet sich für diverse Brandwachen bei Veranstaltungen auf der Planwiese ein Standort in unmittelbarer Nähe geradezu an.

Auch die Nachnutzung des abgängigen Gebäudes an der Ritterstraße wird von CDU und FDP aufs Spiel gesetzt. Das Grundstück bie-

tet für den Altstadtbereich großes Potential. Hier kann Wohnraum und Dienstleistungsfläche entstehen. Die Entwicklungsmöglichkeiten an diesem Standort sind vielfältig und sollten unserer Ansicht nach auch genutzt werden.

Wir stehen zu unserer Verantwortung den ehrenamtlichen KameradInnen der Feuerwehr gegenüber und wollen die Wehr so unterstützen, wie es aus fachlicher Sicht erforderlich ist. Mit dem Satellitenstandort an der Einenerstraße.

m.h.

Haushalt 2015 Solide ist anders

Fortsetzung von Seite 1

in der das Eigenkapital der Stadt, bestehend aus dem Eigentum, in erster Linie also Gebäuden und Straßen, jedes Jahr durch Abschreibungen absinkt. Dem kann nur durch Investitionen oder durch Aufstapeln entsprechenden Geldes begegnet werden. Investitionen führen aber wieder zu höheren Abschreibungen in den Folgejahren. Zweifelloso ein Dilemma, was aber auch so gewollt ist, um die Städte zu Investitionen und damit zum Erhalt ihrer Infrastruktur zu zwingen. Dem muss die Politik sich stelle.

Was nicht geht, ist dem Bürgermeister einerseits zu viele Investitionen und im gleichen Atemzug das Absinken des Eigenkapitals vorzuwerfen. Schon gar nicht, wenn eine solide Finanzierung konsequent verhindert wird. Hier wurde entweder nach dem Prinzip „Hoffnung“ beschlossen oder mit Absicht der Samen für spätere Schwierigkeiten gesät, um diese dann dem Bürgermeister wieder auf das Butterbrot schmieren zu können. Beidem konnten die Grünen nicht ihre Zustimmung geben.

g.k.



Kontaktadressen

Ortsverband:
Marian Husmann
Münsterstraße 5
48291 Telgte
Tel: 9335136

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Hasenkamp 45
48291 Telgte
Tel. 7 70 96

Photovoltaik

Ein Geschenk des Himmels!

Investieren Sie mit uns erfolgreich in die Sonne

(Ihre Partnerin, die Ökologie mit Ökonomie verbindet.)

Sprechen mit uns -
kostenlose Beratung vor Ort.

Mail: info@heinz-rickhoff.de

elektrotechnik

Heinz Rickhoff
Königstr. 7 48291 Telgte
Tel. 0 25 04 / 17 09
Fax 0 25 04 / 72 82 6
www.heinz-rickhoff.de

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
Fachwerk, Gauben, Dachstühle
Alles was zu einem betagten Haus gehört!

Wir bauen und entwerfen für Sie:
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
und vieles mehr, fragen Sie uns

Zimmerei • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

Weder Babyboom noch Fehlplanung

Erklärungen zur Kinderbetreuung 2015 - Westbevern

Mitte Februar schlugen die Wellen in der örtlichen Presse hoch: Kurz vor den Haushaltsberatungen stellte sich heraus, dass insbesondere in Westbevern die zur Verfügung stehenden Betreuungsplätze in den Kindergärten zum kommenden Kindergartenjahr nicht ausreichen werden. Als Lösung wurde von Stadt und Kreisjugendamt vorgeschlagen, sehr schnell Plätze für das kommende Kindergartenjahr 2015/16 in der Grundschule in Vadrup zu schaffen. Hier stehen prinzipiell Räumlichkeiten zur Verfügung, da nach den Sommerferien beide Grundschul-Standorte in Westbevern im Dorf zusammengeführt werden.

Die für den Umbau erforderlichen Mittel in Höhe von über 300.000 Euro führten zusammen mit der Kurzfristigkeit dieses Vorhabens im politischen Raum zu Aufregung, ebenso beim Westbevrer Krink, der der Verwaltung eine Fehlplanung unterstellte und in diesem Zusammenhang die Schließung des Schulstandorts in Westbevern vermutete.

Aus unserer Sicht sind zur Klärung dieser (unberechtigten) Vorwürfe zunächst einmal Informationen über das Verfahren wichtig: Kreis und Stadt haben nach dem Abgleich der – auch doppelten - Anmeldungen zum Kindergartenjahr 2015/16 einen deutlich höheren Bedarf an Betreuungsplätzen als in den letzten Jahren in ganz Telgte festgestellt und schnellstmöglichst darauf reagiert. Dies war nicht eher als Anfang

Februar möglich. Es wurde dann kurzfristig nach einer Lösung gesucht und zwar unter Berücksichtigung zur Verfügung stehender städtischer Gebäude. Dass diese Entwicklung nicht schon „seit Jahren“



Foto: k.m.

absehbar war, zeigt folgendes: Die Kinderzahl in Telgte ist in den letzten Jahren nach deutlichen Rückgängen seit 2010 wieder leicht angestiegen durch Zuzüge und Geburten. Das allein ist aber nicht der Grund für den Bedarf an zwei neuen Gruppen in Westbevern.

Denn mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ist seit Herbst 2013 eine neue Situation entstanden, bei der im Vorfeld nicht abschätzbar war, wie viele Eltern von Kleinkindern diese Plätze nutzen wollen. Mit diesem Rechtsanspruch und dem Wissen darum, dass das Elterngeld nach max. 14 Monaten ausläuft, wurde bundesweit mit einer Versorgungsquote von 35 Prozent geplant. In den zwei Jahren, in denen nun die Anmeldungen

mit dieser Voraussetzung vorliegen, stellt sich der Bedarf in Telgte (und fast überall) aber ganz anders dar: Die Nachfrage ist höher und steigt regelmäßig an - in Westbevern für das kommende Kinder-

gartenjahr auf 97 Prozent (!) bei den Zweijährigen und für die gesamte Altersgruppe der Unterdreijährigen auf knapp 50 Prozent. Damit hat sich der Bedarf in Westbevern für die Kinder ab zwei Jahren in den letzten beiden Jahren verdoppelt und zum kommenden Kindergartenjahr erstmalig auch die Bedarfsquote in Telgte Stadt überholt. Das war sicher nicht zu erwarten.

Es werden also insgesamt fast zwei ganze Jahrgänge mehr betreut als früher: nämlich die 1-5-Jährigen, nicht mehr nur die 3-5-Jährigen. Nebenbei: Hier liegt der Unterschied zu den Grundschulplätzen in Westbevern, bei denen es zwar jährlich schwankende Kinderzahlen geben wird, aber nach wie vor ja nur vier Jahrgänge unterrichtet werden.

Um die erforderlichen Plätze in den Kitas zu schaffen, werden die Gruppengrößen umstrukturiert, da Gruppen mit Kleinkindern kleiner sein müssen. In Gruppen mit unter dreijährigen Kindern

werden je nach Altersstruktur nur 10 bzw. 20 aufgenommen. Bei den über dreijährigen sind es nach wie vor 25 Kinder in einer Gruppe. Somit sinkt bei den bestehenden Gruppen die Anzahl der Kinder, die betreut werden können, es müssen also zusätzlich auch neue Gruppen entstehen. Das ist in den letzten Jahren in allen Kindergärten in Telgte mit großem Einsatz aller Träger bereits geschehen. Auch in der Kernstadt Telgte ist ab 2016 damit zu rechnen, dass trotz einer neuen Einrichtung weitere Gruppen fehlen werden. Diese Situation ist also keine bisher planbare und besondere Entwicklung in Westbevern gewesen!

Damit ist auch klar, dass die Kinder, die 2015 oder 2016 einen Kindergarten besuchen wollen, nicht schon „seit Jahren auf der Welt“ sind, sondern

meistens in den letzten Monaten erst geboren worden sind oder noch geboren werden. Es macht viel Sinn, jetzt schnell etwas dafür zu tun, damit die erforderlichen Plätze auch zur Verfügung stehen - der Ärger bei (berufstätigen) Eltern, wo dies nicht klappt, ist nachvollziehbar. Hier sollte man von einem gemeinsamen Interesse der Dorfgemeinschaft für dieses Ziel ausgehen. Selbstverständlich müssen dafür Räume und Ressourcen in den Blick genommen werden, die es schon gibt.

Was auch wichtig ist: Für die Bedarfsplanung und Sicherstellung von Kindergartenplätzen ist einzig und allein das Jugendamt des Kreises zuständig und auch letztlich verantwortlich. Gegenüber dem Kreisjugendamt machen die Eltern dann ihren Betreuungsanspruch geltend. Die grüne Fraktion unterstützt ausdrücklich das Engagement von Kreis und Stadt, dass schnell im Sinne der Familien auf diese Situation reagiert wird.

Damit wurden letztlich nicht nur für die Erweiterung der Grundschule, sondern auch für die Kinderbetreuung erhebliche finanzielle Mittel im Haushalt 2015 für Westbevern eingeplant. Diese zu stemmen, das fällt bei der derzeitigen Haushaltslage Politik und Verwaltung nicht leicht. Aus allen diesen Gründen der Verwaltung eine Fehlplanung oder böses Kalkül bezogen auf den Grundschulstandort zu unterstellen, ist nicht nachvollziehbar.

k.m.

Niedrigzinsen nutzen

Sekundarschule sollte schneller ausgebaut werden

Als ständiges Thema kreiselt bereits seit fast einem Jahr, seitdem das Planungsbüro die Grobplanung für den Umbau des Schulzentrums, mitsamt Kostenschätzung vorgestellt hat, die Finanzierung des Umbaus quasi unter der Decke des Ratssaals. Kreiseln deshalb, weil sich

bisher noch keine Fraktion konkret dazu geäußert hat, welchen Kostenrahmen sie denn mittragen würde, die absehbare Auseinandersetzung an geeigneten Stellen aber schon anklingt.

Die grüne Fraktion hat beantragt zu prüfen, wie sich eine Umsetzung innerhalb

von drei Jahren statt der bisher geplanten fünf Jahre finanziell auswirken würde.

Hintergrund des Antrages sind die aktuell extrem niedrigen Zinsen, bei denen Kommunen derzeit auch mittel- und langfristige Kredite zu ca. einem Prozent Zinsen aufnehmen können.

Niedrige Zinsen bedeuten in diesem Fall, dass durch die kleinere jährliche Belastung Investitionsmittel für andere Baumaßnahmen an Schulen zur Verfügung bleiben. Sie bieten zudem aber auch die Chance für höhere Tilgungen, so dass der Kredit schneller abgetragen ist.

Die Schule wird eben einfach billiger.

Der Antrag wurde nicht abgestimmt, der Vorschlag soll aber in die weiteren Überlegungen einfließen und in den konkreten Planungen diskutiert werden.

g.k.

Urlaub & Pflege feiert Geburtstag Veranstaltung auf dem Telgter Marktplatz

Am Samstag, den 18. April veranstaltet der gemeinnützige Reiseveranstalter Urlaub & Pflege e.V. anlässlich seines 15jährigen Bestehens eine Informationsbörse zum Thema barrierefreies Reisen auf dem Telgter Marktplatz.

Barrierefreies Reisen bedeutet, dass die Reisen für Menschen mit einer Behinderung geeignet sind und diese in gleicher Weise an allen Aktivitäten und Ausflügen teilnehmen können.

Dies bezieht sich nicht nur auf die Beherbergungsbetriebe sondern gleichermaßen auf mögliche Ausflugsziele, Wege und Fahrzeuge.

Unbedingte Voraussetzung für die Gestaltung barrierefreier Angebote sind das Wissen um die Notwendigkeit, Verständnis für die verschiedenen Bedarfe (ein blinder Mensch braucht andere Hilfen als z.B. eine Rollstuhlfahrerin) und die Bereitschaft, das eigene Angebot entspre-

chend zu gestalten.

Mit seiner Veranstaltung möchte Urlaub & Pflege auf der einen Seite ein breites Informationsangebot für Menschen mit Behinderungen bieten. Verschiedene Reiseanbieter werden ihre Angebote präsentieren.

Sowohl Reisemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bis hin zu Seniorenreisen werden zu finden sein. Mitglieder des Blinden- und Sehbehindertenvereins werden über ihre Reiseerfahrungen berichten und der Verein Zugvogel aus Münster wird umfangreiche Informationen über barrierefreie Urlaubsregionen dabei haben.

Auf der anderen Seite geht

es bei der Veranstaltung auch darum, Menschen anzusprechen, die in der Pflege und Betreuung von Menschen mit Behinderung tätig sind. Das sind natürlich MitarbeiterInnen von Pflegeeinrichtungen aber genauso die Verkäuferin, der Friseur, die Bankangestellte usw.. Auch hier stellt sich häufig die Frage, wie man Kunden mit einer Behinderung am besten unterstützen kann.

Am 18. April können die BesucherInnen einen Alterssimulationsanzug ausprobieren, in einem Demenzparcour eine Vorstellung davon entwickeln, wie es sich für Demenzkranke anfühlen könnte, wenn plötzlich ein-

fach erscheinende Dinge nicht mehr funktionieren, bei einem Rollstuhlparcour erfahren, auf welche Hindernisse RollstuhlfahrerInnen stoßen oder mit Simulationsbrillen ausprobieren, was Menschen mit unterschiedlichen Sehbehinderungen sehen können (dieses Angebot wird von Augenoptiker Mindermann fachlich begleitet).

Nicht zuletzt soll die Veranstaltungen allen BesucherInnen Spaß machen: Die integrative Tanzgruppe Funky aus Münster wird auftreten, es gibt ein Rudelsingen, verschiedene Angebote für Kinder sowie ein Fitnessstraining für die ganze Familie.

Susanne Hanowell











15 Jahre Urlaub & Pflege e.V.

15 Jahre

... Reisen für Menschen mit Hilfs- und Pflegebedarf
... Engagement für Barrierefreiheit
... Erfahrung

Anlass genug für etwas Besonderes!

Informationsbörse barrierefreies Reisen




WO? Auf dem Telgter Marktplatz

WANN? 18.4.2015 von 10:00 bis 14:00 Uhr

WIE? Informationstände, Bühnenprogramm, Demenzparcour, Rollfahrrundfahrten, Präsentation des Trainingskonzepts „Kognifit“, Auftritt der integrativen Tanzgruppe „Funky“, Frühlingslieder Rudelsingen für Jung und Alt, Rollstuhlparcour, Attraktionen für die Kinder, Alterssimulationsanzug

Urlaub & Pflege e.V. • Voßhof 10 • 48291 Telgte • www.urlaub-und-pflege.de

Innenverdichtung statt Flächenfraß Grundsatzbeschlüsse auf dem Prüfstand

In einem Bürgerantrag fordert ein Bewohner der Carl-Zeiss-Straße, den Bebauungsplan in der sogenannten „Bungalow-Siedlung“ so zu ändern, dass eine Dachhöhe von maximal 3,50 Meter festgelegt wird. Hierdurch soll verhindert werden, bestehende Immobilien durch Staffelgeschosse zu erweitern bzw. durch solche mit Staffelgeschossen zu ersetzen.

Diesem Antrag liegt der zunächst nachvollziehbare Wunsch zugrunde, den ein-

heitlichen Charakter der Siedlung zu erhalten. Problematisch ist dabei, dass durch eine Festsetzung der Dachhöhe auf 3,50 Meter eine zukünftig gewünschte, zeitgemäße Bebauung dieser Grundstücke deutlich erschwert oder sogar verhindert wird.

Somit steht dieser Antrag im Widerspruch zu einem früheren Beschluss des Rates, der Innenverdichtung Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete zu gewähren.

Noch immer werden in

Deutschland täglich 70 ha Fläche - das entspricht hundert Fußballfeldern - in Nutzfläche umgewandelt und gehen damit der Natur beziehungsweise der Landwirtschaft unwiederbringlich verloren - und das bei einer abnehmenden Bevölkerung. Ein Grund für diesen Flächenverbrauch ist die Ausweisung immer neuer Bau- oder Gewerbegebiete mit vielfältigen negativen Konsequenzen.

Neben den offensichtlichen ökologischen Folgen und dem

Verlust landwirtschaftlicher Flächen, entstehen Folgekosten durch die notwendige Infrastruktur zur Erschließung der neuen Baugebiete.

Neue Baugebiete senken zudem die Attraktivität bestehender Wohngebiete und damit den Wert der dortigen Immobilien - mit gravierenden Konsequenzen für die Altersversorgung der EigentümerInnen.

Unter diesen Aspekt ist geradezu kontraproduktiv, für bestehende, ältere Wohn-

gebieten neue Auflagen zu beschließen. Derartige Auflagen verhindern den zeitgemäßen Umbau bestehender Immobilien oder die Nutzung der häufig zentral gelegenen Grundstücke auch für einen den aktuellen Bedürfnissen entsprechenden, moderaten (Miet-)Wohnungsbau.

p.s.

Grüne Fraktion besucht den türkisch-islamischen Kulturverein - DITIB

Religion ist in der Wallfahrtsstadt Telgte in vielen Facetten sichtbar. Ein Museum informiert über religiöse Kultur, die Kirchen der evangelischen und katholischen Gemeinden sind Teil des Stadtbildes, ebenso die Gedenksteine, die an die einstige jüdische Gemeinde erinnern. Mit den damals so genannten Gastarbeitern, kamen auch Muslime nach Telgte. Sie haben seit einigen Jahren eine Moschee in der Daimlerstraße. Nur ein unauffälliges Schild am Gebäude weist auf die Nutzung durch die türkisch-islamische Gemeinde hin. Die Fraktion der Grünen wollte mehr über das Gemeindeleben dort erfahren und wurde freundlich empfangen.

An einem Samstagnachmittag im Februar sind wir dort verabredet. Für das Gespräch werden wir zuerst in einen zur Straße gelegenen Raum geführt. Jugendliche unterhalten sich hier oder spielen. An einer Theke gibt es Getränke, und für unseren Besuch ist bereits ein langer Tisch vorbereitet.



Der Imam Ibrahim Türkan und einige Gemeindevertreter begrüßen uns. Schnell kommen wir bei Cay, Lahmacun und Kuchen ins Gespräch. Es geht um den Raum, in dem wir sitzen. Ja, es ist ein Treffpunkt wird uns erklärt, der besonders an den Wochenenden von den etwa 350 Gemeindegliedern gut besucht wird.

Er dient unter anderem der Freizeitgestaltung, Fußball hat, wie sonst auch in Deutschland, einen nicht unerheblichen Anteil daran. Es werden gemeinsam Spiele im Fernsehen angeschaut. Aber auch eine eigene Mannschaft hat schon einige Siege gegen andere Moscheegemeinden der Umgebung errungen, wie



Im Gebetsraum: (von links) Katja Müller, Sabine Grohnert, Sezayi Kaplan (Erster Vorsitzender), Ibrahim Türkan (Imam), Joachim Thiel, Gerd Klünder, Andreas Fiege, Ursula Mindermann, Orhan Tufan, Ali Demiröz (Zweiter Vorsitzender)

die Pokale hinter der Theke zeigen.

„Aber Sozialarbeit gehört auch dazu“ sagt der Jugendvertreter der Gemeinde. Zum Beispiel, wenn es Probleme mit der Ausbildung oder in der Schule gibt. Gerade in die Schulen hier in Telgte gebe es gute Kontakte, die bei Problemen recht hilfreich wären. Aber auch Unterstützung für ältere oder kranke Menschen, die sich an die Gemeinde wenden, werde hier organisiert, erklärt der zweite Vorsitzende Ali Demiröz.

Wichtig sei der Treffpunkt, dem auch eine Küche im Nebenraum angeschlossen ist, an Feiertagen, fügt er an. Besonders im Ramadan treffen sich hier Gemeindeglieder zum Fastenbrechen.

Die Wichtigkeit von Bildung und Sprachkenntnissen wird von den Gemeindegliedern immer wieder betont. Orhan Tufan führt das Beispiel von Eltern an, die selbst nur gebrochen deutsch sprechen und die gerade deshalb den Kindergartenbesuch und den damit verbundenen Spracherwerb ihres Kindes besonders hohen Wert beimessen. Es geht um die Chancen und Schwierigkeiten der Zweisprachigkeit sowie um

die sehr unterschiedlichen persönlichen Geschichten von Menschen mit Migrationshintergrund, die den Zugang zur deutschen Sprache erleichtern oder erschweren können.

schläge im Namen des Islam. Wie schon auf der Diskussionsveranstaltung zu „Charlie Hebdo“ bekräftigt der Imam, dass Terrorismus in keiner Weise mit seinem Verständ-

den Gebetsraum. Wir erfahren, dass dieser bald erweitert werden soll. Dann erläutert der Imam, wie Gebete dort abgehalten werden und wie der Raum dazu genutzt wird. Beeindruckend lässt er den Gebetsruf erklingen. Vorher wurde uns bereits erklärt, dass hier auch die religiösen Unterweisungen für Kinder und Jugendliche in türkischer Sprache stattfinden.

Die Fraktion der Grünen hat sich sehr über die offene Gesprächsatmosphäre gefreut und möchte die Anknüpfungspunkte für eine weitere Vernetzung in die lokale Politik nutzen.

b.s.



Katja Müller, unsere Vorsitzende des Ausschuss für Jugend, Sport, Senioren und Soziales, schlägt einen Besuch des Ausschusses vor sowie die Teilnahme an den Sitzungen des Runden Tisches - „Beteiligung von jungen Menschen“.

Von der lokalen Politik kommen wir zur Weltpolitik und die terroristischen An-

nis von Religion vereinbar sei. Auch die Gemeindevertreter betonen ihre Verurteilung des islamischen Terrors. Und wir sprechen darüber, wie wichtig es ist, die Jugendlichen gegen islamistische Propaganda zu schützen und zu stärken.

Die Gruppe verlässt den Treffpunkt und gelangt über den rückwärtigen Eingang in

Die Daimlerstraße in Telgte ist vielen Muslimen im weiteren Umkreis bekannt. Grund dafür ist der seit 2012 im Gebäude befindliche Leichensaal, Er dient zur Vorbereitung eines islamischen Begräbnisses oder einer Überführung. Verabschiedungsstätten wie diese gibt es in Nordrhein-Westfalen nur in Köln und Telgte.

Höherer Zuschuss für Stadtjugendring Grüner Antrag sichert Zuschüsse zu Jugendfreizeiten

Mit einem Antrag zur Erhöhung des Zuschusses für den Stadtjugendring wollte die Grüne Fraktion insbesondere die Unterstützung der ehrenamtlich geleiteten Ferienlager unterstützen.

Im Entwurf der Verwaltung war der Zuschuss für den Stadtjugendring um 1500 Euro im Vergleich zum Vor-

jahr reduziert worden. Somit stellten wir den Antrag zur Aufstockung des Zuschusses für den Stadtjugendring auf 5.500 Euro. Schon die bisherigen Mittel reichten in 2014 nicht aus, um die Bezuschussung der Ferienlager mit 0,70 Euro pro Tag und TeilnehmerIn, wie die Politik 2014 beschlossen hatte,

zu gewährleisten.

Mit dem Zuschuss von 5.500 Euro sollte nun ein konstanter Sockelbetrag von 3500 Euro für das laufende Geschäft, Fortbildungen, Förderung der Ehrenamtlichen von Mitgliedsverbänden und des Stadtjugendrings selbst etc. zur Verfügung stehen. Die restlichen 2000 Euro soll-

ten ausschließlich für den Zuschuss der TeilnehmerInnen der Ferienlager verwendet werden. So ist eine Planungssicherheit für die Ferienlager gegeben. Wird die Summe für die Ferienlager nicht vollständig abgerufen, verbleibt sie im Haushalt der Stadt.

Ergebnis der Beratungen

im Finanzausschuss: Unser Antrag wurde angenommen, damit ist diese Planungssicherheit für die Jugendverbände gegeben – sofern die Anzahl der TeilnehmerInnen nicht über diesen Betrag hinausgeht.

k.m.

Mehr Power für das Bauamt

Antrag vertagt

Was passiert in einem Bauamt? Gut bezahlte Herren in farbigen Jackets und Ledersesteln empfangen gnädig Bürger, um nach Laune zu befinden? Wohl eher nicht.

Bauanträge werden vom Kreis beschieden und die Beteiligung der Stadt an den Verfahren macht nur einen kleinen Teil der Arbeit aus. Der wesentliche Teil liegt in der Bauleitplanung, also in

der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, sowie in der Durchführung der städtischen Bauprojekte.

Neubau Feuerwache, Ausbau Christophorusschule, Umbau der Klassenräume für die Sekundarschule, Maßnahmen in der Innenstadt, Umbau im Orkotten, Schließung der Bahnübergänge - das alles sind Projekte, die geplant

und begleitet werden müssen und die das Bauamt, in Telgte der Fachbereich 6, nicht nur aus, sondern zum Teil schon überlasten. Andere geplante Projekte, wie die Sanierung der Toilettenanlage in der Marienschule, werden schon verschoben, weil der Fachbereich die nötigen Kapazitäten einfach nicht mehr hat.

Die Fraktion der Grünen hat deshalb bei den Haushalts-

beratungen eine Aufstockung des Stellenplans um eine halbe Architektenstelle beantragt. Geplante und durchfinanzierte Projekte dürfen nicht aufgeschoben werden, weil die Planung nicht geleistet werden kann. Solche Engstellen müssen beseitigt werden.

Aber auch eine Aufstockung um eine halbe Stelle hätte, bei Einstellung um die Jahresmitte, den Haushalt

um ca. 17.000 Euro belastet und fiel deshalb dem Rotstift der anderen Fraktionen zum Opfer. Immerhin wurde die Dringlichkeit erkannt und beschlossen, im Laufe des Jahres zu ermitteln, was für eine Stelle genau gebraucht wird, so dass die Aufstockung im nächsten Jahr erfolgen kann.

g.k.

Bürgerbeteiligung abgeschmettert

Antrag der Grünen findet keine Mehrheit

Die Grüne Fraktion stellte für den Haushalt 2015 den Antrag, eine repräsentative Bürgerbefragung in Telgte durchzuführen und dazu einen Zuschuss von 2000 Euro bereitzustellen.

Hintergrund für dieses Vorgehen ist, dass sich bisher die positiven Aktivitäten der Bürgerbeteiligung in der Regel auf konkrete Maßnahmen, Planungsvorhaben oder bestimmte Themen bezogen

(z.B. zum Integrierten Einzelhandelskonzept, die Änderung von Flächennutzungsplänen, die Spielleitplanung in Telgte Süd-Ost etc.).

Hier meldeten sich in der Regel meist direkt betroffene Bürgerinnen und Bürger zu Wort, InteressensvertreterInnen oder Menschen, die sich von dieser Form der Versammlungen und Vorträgen ansprechen lassen. Aber eine breitere Beteiligung scheint

mit solchen Veranstaltungsformen nicht immer möglich zu sein.

Mit der geplanten Maßnahme sollte eine repräsentative Befragung in Telgte umgesetzt werden, die nach einem Zufallsprinzip Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Zufriedenheit mit Telgte als Lebensort befragt. Dabei sollten Aspekte der Freizeit, Bildung, Infrastruktur und Versorgung berücksichtigt werden.

So könnten positive Aspekte und Probleme erkennbar werden, die dann auch Hinweise für zukünftige politische Entscheidungen geben würden. Um diese Befragung und Auswertung mit dem vorhandenen Budget professionell zu ermöglichen, war der Vorschlag der Grünen Fraktion, den Kontakt mit einer Hochschule in Münster (Universität oder Fachhochschule) aufzunehmen, die ggf. mit

Studierenden für eine Umsetzung sorgen könnte.

Ergebnis der Beratungen im Finanzausschuss: Abgelehnt! Damit ist unser Vorschlag für eine sehr offene und themenunabhängige sowie breite BürgerInnenbeteiligung mehrheitlich nicht gewollt.

k.m.

Ermäßigung der Geschwisterbeiträge für OGS und Kita

Antrag abgelehnt

Wenn von einer Familie mehr als ein Kind im Kindergarten betreut wird, zahlt man in Telgte für das zweite Kind nur drei Prozent der eigentlichen Kita-Beiträge und weitere Kinder sind beitragsfrei. Ähnlich verhält es sich bei den Offenen Ganztagschulen (OGS) in Telgte. Hier reduziert sich

der Geschwisterbeitrag um die Hälfte.

Doch wie sieht es aus, wenn eine Familie ein Kind in der Kita und ein Kind in der OGS hat? Dann muss für beide Kinder jeweils der volle Beitrag gezahlt werden. Dies ist darauf zurück zu führen, dass die Kitas über das Kreisjugendamt in Warendorf

abgerechnet werden und die Offenen Ganztagschulen im Aufgabenbereich der Kommune liegen.

Mit dem Antrag der Grünen zur Gebührenermäßigung für betroffene Familien, die Kinder sowohl in der OGS als auch in einer Kindertagesstätte haben, sollte genau dieser Missstand behoben

werden.

Zunächst sollten für die unteren drei Einkommensgruppen die Beitragsregelungen sozial verträglicher gestaltet und somit Familien entlastet werden. Unser Vorschlag war, in Anlehnung an die Regelungen der OGS fünfzig Prozent Geschwisterermäßigung zu gewähren.

Leider ließ sich im Finanzausschuss für diesen Antrag keine Mehrheit finden - wir werden das Thema aber weiter verfolgen und hoffen auf mehr Einsicht der anderen Fraktionen im nächsten Haushalt.

v.g. und b.sp.





Liebe Telgterinnen und Telgter,

unsere kleine Westfälische Stadt ist keine abgeschottete Insel in der Welt des Jahres 2015. Die globale Situation ist leider vielfach geprägt durch Hunger, Gewalt und Kriege in anderen Teilen dieser Erde, geprägt durch Vertreibung und Flucht vieler Millionen Menschen. Nach Angaben der UN sind derzeit weltweit mehr Menschen auf der Flucht als nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das empfinde ich als beschämend.

Die zu uns nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylsuchenden werden – um es ganz technisch auszudrücken – den Städten und Gemeinden nach gewissen Verteilungsschlüsseln zugewiesen. Die Stadt Telgte ist dann verantwortlich für die Unterbringung, den Lebensunterhalt und die Betreuung dieser Personen. Dieser gesetzlichen Verpflichtung konnten wir in den zurücklie-

genden Jahren bei steigenden Flüchtlingszahlen nachkommen, indem die Stadt dezentral im gesamten Stadtgebiet Wohnungen angemietet hat.

Aktuell erhalten rund 100 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, darunter befinden sich Einzelpersonen und Familien mit Kindern oder auch Paare. Diese Menschen hier in Telgte aufzunehmen, sie willkommen zu heißen und ihnen ein erstes Zuhause nach Flucht und Vertreibung zu bieten, ist aus meiner Sicht nicht nur eine gesetzliche Pflicht. Es ist auch eine moralische Verpflichtung angesichts unserer eigenen Lebensbedingungen in einer grundsätzlich „reichen“ Gesellschaft.

Eine unerlässliche Arbeit mit den und für die Flüchtlinge leistet der Verein Zib Zusammen ist besser e.V., denn die hier ehrenamtlich Tätigen kümmern sich in

vielfältiger – und wie ich finde vorbildlicher – Weise um die Asylsuchenden, begleiten sie in Alltagsfragen oder bei Behördengängen, bieten Sprachförderung und helfen, wo sie können. Dafür möchte ich hier einmal mehr Danke schön sagen.

Am 21. Januar haben Zib und die Stadt Telgte zusammen in einer gemeinsamen Veranstaltung weitere ehrenamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer für diese Arbeit mit Flüchtlingen in Telgte gewinnen können. Das ist ermutigend, bedarf aber zugleich jetzt auch einer guten Koordinierung. Wenn jeder und jede ein kleines Stück Verantwortung übernimmt, kann daraus ein starkes und tragfähiges Netz für die zu uns gekommenen Menschen werden.

Ihr
wolfgang pieper

Mehr Geld für Videoüberwachung als für Jugendarbeit Antrag auf Streichung des neuen Servers abgelehnt

Die Verwaltung hat im Haushaltsplan 5200 Euro für die Anschaffung eines neuen Servers, der für die Videoüberwachung notwendig ist, veranschlagt. Die Stadt nutzt Kameras um einige ihrer Gebäude vor Vandalismus zu schützen. Im konkreten bedeutet dies, dass an Don-Bosco Schule, Marienschule, Schulzentrum und Haus der Musik außerhalb der Nutzungszeiten Kameras laufen und alles aufzeichnen, was sich bewegt.

Wir Grüne haben schon

in den vergangenen Jahren immer wieder beantragt, die Kameras abzuhängen. Wir haben den anderen Fraktionen mehrfach aufgezeigt, dass Videoüberwachung Vandalismus nicht verhindert, sondern lediglich in andere Bereiche verdrängt. Wir haben moniert, dass auch durch ausgeschaltete Kameras (die ja nicht als ausgeschaltet erkennbar sind) ein „Überwachungsdruck“ entsteht. Wir haben dargelegt, dass sich dieser „Überwachungsdruck“, der übrigens vom Bundesge-

richtshof in einem Urteil von 2009 anerkannt wurde, negativ auf den erzieherischen Auftrag der (Grund-) Schulen auswirkt. Und natürlich haben wir auch vor dem drastischen Eingriff in die BürgerInnenrechte gewarnt.

Doch all das hat die anderen Fraktionen nicht interessiert. Eine inhaltliche Debatte zu diesem Thema hat im Finanzausschuss nicht stattgefunden. Unser Antrag, die Mittel für den neuen Server zu streichen, wurde abgelehnt.

Trauriger ist eigentlich nur,

dass zu den 5200 Euro noch weitere 1163,38 Euro als Abschreibungen und weitere 785,40 Euro an Wartungskosten hinzukommen. Insgesamt gibt die Stadt also 7148,78 Euro für die Videoüberwachung aus. Das sind Tausend Euro mehr, als den anderen Fraktionen die Arbeit des Stadtjugendringes wert ist. Dieser könnte mit dem Geld immerhin 1250 TeilnehmerInnen von einwöchigen Kinder- und Jugendfreizeiten mit dem Zuschuss von 70cent unterstützen. Oder die bishe-

rige Förderung für die etwa 500 TeilnehmerInnen jedes Jahr auf mehr als 2,30 Euro pro Tag erhöhen.

Das Geld hätte natürlich auch einfach gespart werden können, dass hätte dem ohnehin wackeligem Haushalt ein wenig mehr Sicherheit gegeben können und zwar diesmal echte Sicherheit und keine „Scheinsicherheit“.

m.h.

Wohnungsbau für Flüchtlinge Eigenregie statt Investorenmodell

Auf eine Gegenüberstellung der Kosten für den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge über ein Investorenmodell und in Eigenregie der Stadt zielte ein Prüfauftrag der Grünen Fraktion im Zuge der Haushaltsverhandlungen.

Hintergrund sind auch hier die niedrigen Zinsen für kommunale Kredite. Auch die Marge des/der Investoren ist nicht wegzureden. Die Verwaltung hat natürlich das Problem, den Neubau planen und begleiten zu müssen, was auch wieder für eine Aufsto-

ckung des Stellenplans im Baubereich spricht.

Alle Fraktionen, außer der Grünen, haben den Antrag abgelehnt. Schade auch, wir hätten auch diese Informationen als Entscheidungsgrundlage gut gebrauchen können.

g.k.



Zusammen ist am Besten

Akademie Ehrenamt vergibt ersten Preis an ZIB



„Steh auf, wenn Du ehrenamtlich arbeitest!“ Die Moderatoren bei der Verleihung der diesjährigen Preise der Akademie Ehrenamt, Cornelia Lindstedt und Hans Hermann Beier, ermunterten diejenigen unter den ca. 200 Gästen aufzustehen, die ehrenamtlich tätig sind. Nahezu 100 Prozent erhoben sich am 5. März im Sparkassenforum Warendorf. Das macht die gelungene Symbiose des Anliegens der Akademie mit den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Warendorf deutlich, die sich um soziale, kulturelle, sportliche und ökologische Anliegen kümmern. 27 Vereine und Initiativen hatten sich beworben. Fünf glückliche Gewinner teilten sich schließlich die zwischen 500 und 1500 Euro dotierten Preise.

„Caus I'm happy“, Don't bring me down“ von Pharell Williams, „Hold the line“ von Toto intonierte die Real School Band, Schülerinnen und Schüler der achten bis

zehnten Klassen der Bischöflichen Realschule Warendorf, und wiesen mit der Auswahl der Stücke auf das Motto der Veranstaltung „Engagiert für Vielfalt“ hin.

Peter Scholz, Vorstand der Sparkasse Münsterland Ost, lobte die ehrenamtlich Tätigen dafür, dass sie den Kreis mit ihrem Engagement bereichern. „Tun Sie gelegentlich etwas, für das sie kein Geld verdienen. Es zahlt sich aus.“ ermunterte er die Zuhörenden, ihre Talente auch weiterhin einzubringen.

Folgerichtig hat die Sparkasse den Kooperationsvertrag mit der Akademie Ehrenamt verlängert, der auch in Zukunft finanziell absichert, dass Geld für die Preisverleihung zur Verfügung steht. Gut so. Hier macht sich bezahlt, dass die Kommunen die Gewährsträger der Sparkassen sind – was die EU aus rein marktwirtschaftlicher Sicht ungern sieht, sich aber mit Blick auf soziale Verpflichtungen, an die die Verwendung eines

Teils der Gewinne geknüpft werden kann, sehr gut macht.

Wird „Willkommenskultur“ das Wort des Jahres 2015? Vielleicht. Die Beelener Bürgerinnen und Bürger, die für den Kreis Warendorf vorübergehend 144 Flüchtlinge aus 19 Nationen aufgenommen haben, haben in insgesamt ca. 3000 ehrenamtlich geleisteten Arbeitsstunden untermauert, was das heißt, namentlich Cristian Gehling, DRK Telgte, und Josef Weil vom Malteser Hilfsdienst.

Professor Adalbert Evers, Mitglied der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Soziale Dienste und Kommunalpolitik“, Mitarbeiter des Cen-

trums für soziale Investitionen und Innovationen der Uni Heidelberg, erwähnt in seinem Vortrag, dass Vielfalt nicht für alle Menschen Bereicherung bedeutet, sondern für manche auch Bedrohung. PEGIDA lässt grüßen. Um die Beantwortung der Frage „Haben wir ein Deutschland der Vielfalt oder der Kontraste?“ müsse ein ernsthafter Diskurs geführt werden.

Die Initiativen, denen ein Preis verliehen wird haben die Antworten auf ihre Weise gegeben: Dritte Preise gehen an AKTIF in Ahlen, die sich um eine neue Leitstelle für das Projekt „Älter werden in Ahlen“ kümmert, das Kontakte und Aktivitäten für alte

Menschen anbietet, sowie die Ponystation Tony Hämmerle, die beim Reiten beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Menschen zusammen führt. - „Wir wussten nicht, dass das, was wir tun, Inklusion heißt. Wir haben es einfach gemacht.“ Der zweite Preis geht an die Internationale Frauengruppe Warendorf - „Wir machen sie mit ihrer neuen Heimat vertraut“; den ersten teilen sich der Deutsch - ausländische Freundeskreis Drensteinfurt und Zib- Zusammen ist besser, Telgte, für ihre seit Jahren geleistete integrative Arbeit mit ausländischen Menschen, insbesondere mit Flüchtlingen und Asyl Suchenden.

b.d.



Fotos: b.d.

Telgter Jugend redet mit

Auftakt am runden Tisch

Für Kinder und Jugendliche soll es mehr Beteiligungsmöglichkeiten in Telgte geben. Das war auf Antrag der Grünen Fraktion der Beschluss im Frühjahr letzten Jahres im entsprechenden Ratsausschuss.

Als erster Schritt in diese Richtung wurde die Verwaltung beauftragt, einen Runden Tisch für „Beteiligung

von jungen Menschen in Telgte“ ins Leben zu rufen, bei dem das weitere Vorgehen gemeinsam beraten werden sollte. So wurden bereits im letzten November Jugendliche, SV-Vertretungen und VertrauenslehrerInnen, der Stadtjugendring und das Kinder- und Jugendwerk eingeladen und diskutierten mit Stadt und politischen Vertre-

ter/innen.

Derzeit fühlen sich Kinder und Jugendliche nicht vernünftig über ihre Beteiligungsmöglichkeiten in Telgte informiert, das war das Ergebnis des ersten Treffens. Gemeinsam wurden Ziele für eine Jugendbeteiligung in Telgte entwickelt.

Auch beim zweiten Treffen Anfang März waren ca.

30 Personen, darunter viele engagierte Jugendliche anwesend. Moderiert durch Frau Fournier und Frau Heeke von der LWL-Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW wurde es dann schon konkreter.

Schwerpunkt des Abends war die Fragestellung, wie man bessere Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen

schaffen und fördern kann. Die Jugendlichen wünschten sich einen Informationsaustausch in der Schule so wie über die sozialen Medien. Überlegt wurde, ein größeres Forum an den Schulen noch vor den Sommerferien stattfinden zu lassen.

Alle waren sich einig, dass Kommunalpolitik greifbar

Fortsetzung auf Seite 9

Konservativ statt Kamikaze

Haushaltsrede der Grünen Fraktionssprecherin Sabine Grohnert

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Rates

Vorab möchte ich Anja Schlenker und Frau Kunze stellvertretend für alle Beteiligten für die wieder hervorragende Arbeit danken. Für uns als Ratsmitglieder ist es gut zu wissen, dass wir auf so kompetentes Personal zurückgreifen können. Sie haben es wieder geschafft, trotz aller notwendigen und wünschenswerten Maßnahmen, die nicht im Haushalt stehen, ein kompaktes Paket zusammenzuschneiden, über das wir heute abschließend entscheiden.

Aber was steht nun drin?

Die Feuerwehr: Die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr werden in den seit Jahren überfälligen neuen Hauptstandort umziehen und endlich unter adäquaten Bedingungen arbeiten können! Ein großer Kraftakt für alle Beteiligten findet seinen Abschluss!

Die Frage nach dem Nordstandort ist damit natürlich noch nicht gelöst. Und es ist auch der richtige Weg, für dieses und nächstes Jahr noch keine Haushaltsmittel einzustellen und die Feuerwehr erst mal an der Alverskirchener Straße starten zu lassen. Der Standort an der Ritterstraße muss also noch durchhalten. Ihn als dauerhaften Nordstandort zu halten, halte ich allerdings für blauäugig. Über ein sinnvolles weiteres Vorgehen wird sicherlich diskutiert werden müssen. Ein Zurückziehen eines kurz vor der Ge-

nehmigung stehenden Bauantrages ist für mich allerdings nicht sinnvoll, sondern das bedeutet für mich Versenkung von Haushaltsmitteln.

Die Schulen: Westbevern Dorf und Vadrup werden diesen Sommer zusammengeführt. Kein Wunschkonzert, aber eine gute Planung, mit der die Grundschulversorgung in Westbevern für die nächsten Jahre auf solide Beine gestellt wird.

Die Sekundarschule wird uns in den nächsten Monaten noch intensivst beschäftigen. Hier müssen wir uns auf den grundsätzlichen Weg festlegen, wie wir die Schule aufstellen wollen. Wir haben uns für diese Schule entschieden, das beinhaltet auch, die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen!



Sabine Grohnert

Wir bemühen uns, unseren Aufgaben in Kinderbetreuung und Flüchtlingsunterkünften nachzukommen, trotz knapper Kassenlage. Hier sind in meinen Augen aber auch Bund und Land noch deutlicher gefragt. Der erhöhte Zuschuss für die Versorgung

der Asyl begehrenden hilft uns natürlich, täuscht aber nicht darüber hinweg, dass die finanzielle Belastung für die Kommunen hier enorm ist und das bei immer noch steigender Tendenz.

Ob der Weg über ÖPP (also Finanzierung durch Investor) richtig ist, zweifeln wir an, denn auch Investoren wollen Gewinn machen. Das einzige Gegenargument ist hier die extreme Dauerauslastung im Fachbereich 6. Nicht ohne Grund hatten wir hier eine halbe zusätzliche Stelle beantragt! Wäre dieser Bereich solide ausgestattet, hätte auch die notwendige Sanierung der Toilettenanlage der Marienschule durchgeführt werden können! Die Gelder dafür liegen bereit!

Im IHEK sind die Prozesse gegliedert und auf das Leisbare runter gebrochen. Die jetzt wichtigen Elemente, die Altstadt Barrierefrei und den Demographieprozess zu gestalten, sind auf einem guten Weg.

Unsere Gewerbe- und Baugelände laufen voll. Hier kann es unserer Meinung nach aber trotzdem nicht heißen, die Gunst der Stunde nutzen und alles „rausballern“, sondern besonnen und gezielt Planen muss hier die Devise sein.

Auch Sport und Soziales beinhaltet unser Haushalt. Die Sportvereine haben Gelder zugesagt bekommen. Der Telgter Teiler erhält Unterstützung für seine gute Arbeit, Fidelio Stipendien, Zuschüsse für den Stadt Jugending und Fair Traid sind hier zu nennen. Bemerkenswert, dass die Mongolfiade nicht weiter bezuschusst wird,

wo uns nur Tage vor dem Finanzausschuss, Fr. Thieringer im Schulausschuss über die Attraktivität und Bedeutung auch dieser Veranstaltung berichtete.

Leider ist der Haushalt nicht so sozial und familienfreundlich geworden, wie wir uns das gewünscht hätten. Unser Antrag zur Ermäßigung der Geschwisterbeiträge für OGS-Kinder hätte hier beispielsweise mit rein gehört. Aber wir können akzeptieren, dass bei der aktuellen finanziellen Situation der Stadt nicht alle unsere Ideen, und seien sie noch so gut, im Haushalt Platz finden konnten, und somit liegt hier, trotz der begrenzten Mittel, schon ein ordentlicher Haushalt vor. Hätte dieser nicht ein paar Haken!

1. Dass gegen die ausdrückliche Empfehlung des Wirtschaftsprüfers (der übrigens genau diesen Haushalt prüft) die Kosten für die Kita in Vadrup von CDU und SPD zu 2/3 und nicht zu 1/3 als investiv veranschlagt wurden, ist eine Milchmädchenrechnung, die uns mit etwa 100.000 Euro im Jahresabschluss auf die Füße fallen wird!

2. Als Einnahme 50.000 Euro des Kreises für diese Kita einzustellen, obwohl die Verwaltung mitteilt, dass der Kreis diese Summe in kompletter Höhe nicht zur Verfügung stellen wird, zeugt von dem Misstrauen der Verwaltung gegenüber, das seit Jahren die Arbeit erschwert!

3. Den Ansatz der Gewerbesteuer zu erhöhen, ein Optimismuszuschlag also, kann funktionieren, ist aber riskant! Wir sind da nicht mehr grün hinter den Ohren, son-



dern lieber etwas konservativ, und betreiben eine solide Haushaltspolitik und kein Haushaltskamikaze!

Zu guter Letzt die von der Verwaltung vorgeschlagene moderate Steuererhöhung zurückzunehmen, ist nur im ersten Moment bürgerfreundlich, denn alles, was mit den Mehreinnahmen der Steuererhöhung hätte finanziert werden können, wäre einzig und ausschließlich den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Telgte zugute gekommen.

Telgte ist attraktiv, wir sehen es an der Nachfrage nach Bauland und auch an den Geburtenziffern. Diese Attraktivität ist nicht zuletzt auf unseren hohen Standard an freiwilligen städtischen Leistungen zurückzuführen. Diese wollen wir auch künftig finanzieren können!

Auch geht es bei den Steuererhöhungen ja nicht um eine Gewinnmaximierung, wir befinden uns weiterhin deutlich im strukturellen Defizit. Wenn wir Telgte weiter zukunftsfähig gestalten wollen, müssen wir einen soliden, nachhaltigen Haushalt abliefern. Das geht nicht mit „schönrechnen“ der mittelfristigen Finanzplanung. Wenn wir hier an den Rand der Haushaltssicherung schlingern, brauchen sie das jedenfalls nicht dem Bürgermeister und seiner Verwaltung vorzuwerfen, die haben uns nämlich was anderes vorgeschlagen.

s.g.

Telgter Jugend redet mit

Fortsetzung von Seite 8

sein muss und dass Jugendliche mitentscheiden sollen. Es wurden auch bereits Themen gesammelt, die die Jugendlichen beschäftigen und wo es Änderungsbedarf gibt, beispielsweise beim Zustand der Sport- und Bolzplätze oder Kulturangeboten für Jugendliche.

Nun stellt sich die Frage, in

welcher Form man hier Politik und Jugend zusammen bringen kann. Wo können die Jugendlichen bei „Motzbedarf“ hin? Wie werden sie informiert, was geändert werden kann und wo sie mitreden dürfen? Was können sie selbst in die Hand nehmen? Wie kann man schon bestehende Treffen (z.B. SV-

Gremien) nutzen um Infos schnell und unkompliziert auszutauschen? Wie können wirklich alle Jugendlichen erreicht werden?

Die kommende Planung soll in beide Richtungen verlaufen: Neue Formen der Jugendbeteiligung sollen ausprobiert werden, aber auch die Politik mit ihrem Jugend-

ausschuss soll den Anliegen junger Menschen mehr Raum geben. Auch wenn also einiges geklärt und besprochen werden muss, der vielversprechende Auftakt ist gemacht. Eine kleinere Planungsgruppe von Jugendlichen und Erwachsenen macht nun weiter. Wir drücken dieser engagierten Gruppe die Daumen und hof-

fen, dass vor allem die Jugendlichen mit ihren Wünschen dabei bleiben- und noch mehr dazu kommen. Wer Interesse hat, informiert zu werden oder mitzumachen, kann sich gern an Julia Scharfe wenden - sie stellt dann den Kontakt her: Juli150389@gmx.de

j.s. und k.m.

Kein Wasserspielplatz am Rathaus Antrag abgelehnt



Telgte ist bislang, im Gegensatz zum Bundestrend, kaum von rückläufigen Geburtenzahlen betroffen. Auch in den nächsten Jahren wird es noch genügend Mädchen und Jungen in den Telgter Kindergärten und Grundschulen geben.

Dass es aber neben diesen Einrichtungen in einer Stadt auch noch weitere Orte für Kinder geben muss, ist ja ganz klar. Die Telgter Musikschule und die Sportvereine bieten hier viele gute und vielseitige Angebote für den Nach-

wuchs.

Doch wohin, wenn die Kinder sich spontan mit SchulfreundInnen treffen oder befreundete Familien einen kleinen Ausflug machen möchten? Da wird es schon schwieriger. Die überwiegende Zahl der Telgter Spielplätze stammt nämlich aus den siebziger und achtziger Jahren und wurden bereits 2010 im städtischen Spielplatzkonzept als „überaltert und nicht mehr zeitgemäß ausgestattet“ beschrieben. Dementsprechend attraktiv sind sie fol-

lich für die Kinder.

Dies war Anlass für die Grünen, im Rahmen der Anträge zum Haushalt 2015 die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten zur Neugestaltung des Spielplatzes am Rathaus zu ermitteln. Im Fokus der Prüfung stehen sollte hierbei insbesondere der Ausbau des Spielplatzes zu einem Wasser- und Matschspielplatz, eine mögliche Einbeziehung der angrenzenden Ems und die Erweiterung des Spielplatzes um attraktive Spielelemente für ältere Kinder mindestens

bis zum Ende des Grundschulalters.

Leider wurde dieser Antrag von den anderen Fraktionen nicht aufgegriffen. Sehr bedauerlich, denn unserer Meinung nach ist die Lage am Rathaus ideal, da zentral und gut erreichbar für viele. Darüber hinaus hätte ein attraktiver Spielplatz die Innenstadt weiter belebt und zum Treffpunkt für Familien und BesucherInnen werden können.

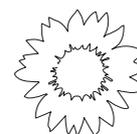
b.sp.

WISSEN SIE NOCH,
WANN AUS DEM "BIOGARTEN"
DIE "KORNBLUME" WURDE?
JA, GENAU VOR
20 JAHREN.
LUST ZUM MITFEIERN?
DANN SCHAUEN SIE
IN DEN ERSTEN
MAITAGEN VORBEI.
AM 10. MAI FINDET EIN
GROSSER GEBURTSTAGSKAFFEE IN DER
SCHLEIFSTIEGE STATT.
ALLE SIND HERZLICH EINGELADEN.
DAS KORNBLUMENTEAM

KORNBLUME
NATURKOSTMARKT

SCHLEIFSTIEGE 15 - 17
DURCHGEHEND GEÖFFNET

ARMEDANGELS
Exklusiv in Telgte bei
Kalines Welt
Eco Fashion, Kunst & Geschenke
Ballinrohrs 20, www.kalines-welt.de
Di, Do, Fr 10-13, 15-18, Sa 10-13



Grün trifft: Asylbegehrende in Telgte

Über die Situation und die Hintergründe von Flüchtlingen und die Arbeit von Zib informierten sich die Grünen in einer Gesprächsrunde mit Beteiligten und Interessierten.

Beindruckend waren besonders die Schicksale der Asylbewerber, die die Gründe für ihre Flucht, ihre Wege bis nach Telgte und die Unsicherheit darstellten, mit der sie teils Jahre zurecht kommen müssen.

„Ich habe im Moment kein Leben“, endete die Schilderung eines Asylbewerbers, der in seinem Herkunftsland ein gut gehendes Geschäft betrieben hatte, bis er für eine Oppositionspartei kandidierte und das Land unter Lebensgefahr verlassen musste. Seit einigen Wochen habe er wenigstens

wieder telefonischen Kontakt zu seiner Frau und wisse nun, dass seine Familie noch lebe.

Einen Einblick in ihre konkrete Arbeit gaben ehrenamtliche MitarbeiterInnen von Zib, die die Verbesserung der Situationen, Hilfe beim Umgang mit den Ämtern, bei der Arbeitssuche und Sprachunterricht umfasst.

Uwe Werdermann (Zib) erläuterte den Ablauf von Asylverfahren und die Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Arbeit. Er appellierte abschließend an die Betriebe in Telgte, geeignete freie Stellen auch bei Zib zu melden.

Reinhild Spitz, die den Abend moderierte, bedankte sich bei Zib für den Abend: „Wichtiger als Statistiken ist immer der Blick auf die Menschen“.

g.k.



Tribunal für Architekten oder Qualitätssicherung für Telgte

Der Gestaltungsbeirat der Stadt

2010 hat der Rat der Stadt Telgte wie viele andere Städte auch beschlossen, einen Beirat für Stadtgestaltung einzurichten. Zu den Aufgaben heißt es in der Satzung: „Der Beirat soll die Fachverwaltung in Fragen der Stadtgestaltung und des Stadtbildes unterstützen, ...

Der Beirat für Stadtgestaltung berät die Angelegenheiten vor, deren Behandlung im Ausschuss für Planen, Bauen, Umland und Umwelt vorgesehen ist“. Die sechs stimmberechtigten Mitglieder werden vom Rat gewählt, neben einem Vertreter der Stadt (Reinhold Ginski) und des Kreises sind dies immer ein/e Architekt/in und Fachleute für Denkmalpflege und bar-



rierefreies Bauen und Stadtgestaltung, niemand davon aus Telgte.

Die Ratsfraktionen sind mit je einem Vertreter oder

einer Vertreterin dabei, haben allerdings kein Stimmrecht – und das ist gut so. Hier soll es ja ausschließlich um Fachfragen gehen, nicht um Parteipolitik.

Diskutiert werden Vorhaben, die entweder vom Planungsausschuss oder der Verwaltung eingebracht wurden, auch Bauherren können um Beratung bitten.

Seit der Einführung des Beirats sind über 30 Vorhaben besprochen worden, beispielsweise – und mit Erfolg – der Umbau des Bahnhofs und das Ärztehaus daneben, die Neubauten an der Kapellenstraße oder das geplante Hygi-Areal am Kibitzpohl.

Intensive Diskussionen haben den Grundstein da-



für gelegt, dass am Bernsmeyerhaus keine klobige Kastenbrücke gebaut wurde, sondern eine fragile, dem sensiblen Ort im Stadtbild angemessene Brücke.

Beschlossen hat es dann allerdings die Politik, denn:

Entscheidungen kann der Beirat nicht fällen! Weder Bauherr noch Politik sind gezwungen, sich an die Empfehlungen des Beirats zu halten. Dass sie trotzdem fast immer aufgenommen werden zeugt nicht nur vom Sachverstand des Beirats, sondern auch von dem Verantwortungsbewusstsein der Bauherren für unsere Stadt.

Trotzdem wurde dem Gestaltungsbeirat vorgeworfen, er sei ein paralleles Entscheidungsgremium ohne Kontrolle durch die Politik, die CDU forderte sogar die Abschaffung des Beirats. Dabei hätte sie es besser wissen müssen, beteiligt sich doch Karl-Heinz Greiwe als ihr Vertreter intensiv an den Diskussionen.

Der Verdacht liegt nahe, dass der Eine oder Andere lieber den Beirat abschaffen wollte als sich unbequemen Sachargumenten zu öffnen. Dabei ist der Beirat streng zur Neutralität und Geheimhaltung verpflichtet. Das führt dazu, dass die Dinge nicht vorher in den Fraktionen ausgekugelt werden können, der CDU anscheinend ein Dorn im Auge.

Gegen ihren Widerstand, aber zum Nutzen der Stadt und ihres Stadtbildes hat der Rat aber 2014 beschlossen, dass der Beirat seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen soll. Das ist gut so, denn große Aufgaben stehen an, allem voran die barrierefreie Umgestaltung der Stadt.



Fotos: c.g.



mindermann
Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann
Dipl. Ing. für Augenoptik

Baßfeld 12 · 48291 Telgte
Telefon 0 25 04 - 50 50
www.mindermann-augenoptik.de

Möbel für Anspruchsvolle



Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

✦ Exklusiver Innenausbau	✦ Küchen- und Badmöbel
✦ Einbaumöbel	✦ Schiebetürsysteme
✦ Fenster und Türen	✦ Restaurierung
✦ Massivholzmöbel	✦ Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Zum Beispiel Griechenland

Das Spiel ist aus - Zeit zum Umdenken

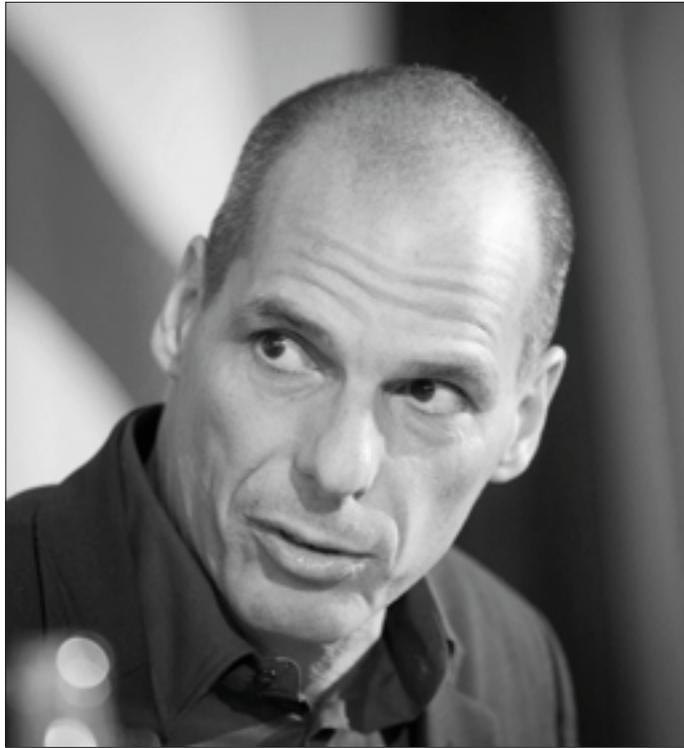
Tricksen und täuschen, pokern, vollmundige Wahlversprechen, halbstarke Verhalten, Laienspieltruppe, Regierungslehrlinge. Europa ist eine Wertegemeinschaft, die auch auf Solidarität basiert. Haben „die Griechen“ sich diese Solidarität aber überhaupt verdient? So sehen die Eckpunkte der Diskussion um einen „Bailout“ Griechenlands aus und, nach dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend, beantworten 47 Prozent der Deutschen diese Frage mit „nein“.

Klargestellt werden muss erstmal, dass es „die Griechen“ in diesem Zusammenhang überhaupt nicht gibt. Die allermeisten Griechen sind Statisten in diesem Spiel, haben kaum Einfluss auf das politische Geschehen und müssen ertragen, was eben passiert.

Die meisten Deutschen haben wohl schon verstanden, dass es sich dabei nicht um Leute handelt, die den ganzen Tag unter ihrem Olivenbaum liegen und darauf warten, dass die Oliven runterfallen, wobei sich durchaus die Frage stellt, ob diese Erkenntnis das Bild im Hinterkopf besiegen kann. Differenziertere Betrachtungen sehen hohe Renten mit einem frühen Einstieg, einen aufgeblähten und korrupten Beamtenapparat und zu hohe Ansprüche an den Lebensstandard für ein im Grunde armes Land. Dieses Bild unterscheidet sich im Kern aber nicht von dem mit dem Olivenbaum!

Wer würde hierzulande nicht die hohe Rente nehmen, wenn sie ihm und ihr zusteht, wer würde nicht mit 60 Feierabend machen, die Verbeamtung ablehnen, vielleicht sogar die Hand aufhalten, wenn das das übliche Verfahren ist, wer würde der Familie nicht das bestmögliche Leben geben? Die Bevölkerung trifft keine Schuld!

Was ist mit der Regierung? Ja, die Regierungen haben sich über Jahrzehnte hinweg in diesem Europa eingerichtet, über Verschuldung für ihren Machterhalt gesorgt und, erwiesen korrupt und personell eng mit der wirtschaftlichen



Yanis Varoufakis

Elite verquickt, eben dieser Elite die Taschen vollgestopft. Kann es sein, dass dies dem Rest Europas, ebenfalls über Jahrzehnte, nicht aufgefallen ist? Wieso hat die Europäische Finanzwelt solches zugelassen?

Ganz einfach: Weil sie wunderbar daran verdient hat und weil alle anderen, im Detail mal mehr, mal weniger extrem, es auch nicht anders machten. Dummerweise kam dann die Finanzkrise, die den Anfang in den USA durch systematische riskante Kreditvergaben machte. Interessantes Detail: Niemand schimpft hierzulande auf die „faulen“ Amis mit überzogenen Ansprüchen, sondern einzig auf die gierigen Banken.

Dabei ist dort nichts anderes passiert als hier: Die Banken haben Kredite vergeben, um Geld zu verdienen und mehr Kredite vergeben, um mehr Geld zu verdienen. Ob wir das jetzt „Gier“ oder „unternehmerisches Handeln“ nennen, ist völlig egal.

Ergebnis ist, dass das Spiel nicht mehr funktionierte, als die erste Bank so viele Kreditausfälle hatte, dass sie faktisch pleite war und durch das Geflecht gegenseitiger Verschuldung weitere Banken ins Wanken brachte. Der Einsturz des gesamten Kartenhauses

war nur zu verhindern, indem Staaten und Banken gemeinsam Billionen in diese schwarzen Löcher geworfen haben.

Einige Staaten, Irland, Portugal, Zypern und eben auch Griechenland, konnten das aber für ihre Banken nicht leisten. Sie waren auf Hilfe von außen angewiesen, und die bekamen sie auch, weil auch Pleiten von Banken in diesen Staaten zu einem Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems geführt hätten. Hilfen allerdings wieder in Form von Krediten, die, trotz günstigerer Konditionen, wieder nicht leistbar waren und sind und die einzig zur Zahlung von Kreditverpflichtungen gewährt und ausgezahlt werden.

Die Staaten leihen sich bei den Banken Geld, um mit diesem Geld genau diese Banken zu stützen. Die Katze beißt sich in den Schwanz!

Sind die Griechischen Regierungen also schuld? Ja, sie sind schuld, weil sie das Spiel mitgemacht haben, dass alle anderen spielten und übrigens auch immer noch spielen.

Sinnvoll ist dieses Spiel nicht, nur einen Ausweg kennt dummerweise keine/r. Niemand weiß was passiert, wenn alle einfach nicht mehr mitspielen, außer dass das internationale Finanzsystem ab sofort kein

Geld mehr verdient und, mehr noch, sein Geld sogar verliert.

Und in dieser Situation wählen die Griechen eine Regierung, die damit droht, einfach nicht mehr mitspielen. Wir machen Euer Spiel kaputt, bringen das Kartenhaus zum Einstürzen, wenn Ihr uns das Spiel nicht zumindest erträglich macht! Die erste Griechische Regierung übrigens, die nicht mit der Finanz- und Wirtschaftselite Griechenlands durch und durch verstrickt ist.

Die Ursache für den desolaten Zustand der griechischen Wirtschaft und für die Härten, denen die Bevölkerung ausgesetzt ist, sieht die neue Regierung in den Auflagen der „Troika“ aus Euro-Gruppe, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond. Diese zwang Griechenland, die Ausgaben im Gesundheitssystem und den Mindestlohn erheblich zu senken, wodurch drei Milli-



Wolfgang Schäuble

onen GriechInnen keine medizinische Versorgung mehr bekommen und ein Drittel der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gerutscht ist.

Eine Dokumentation der ARD, „Die Spur der Trioka“, kommt zu dem Schluss: „Die Troika opfert die Menschen in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland, um das Finanzsystem zu retten.“ Sämtliche selbst gesteckten Ziele der Troika sind demnach nicht erreicht worden, dennoch wird an abstrakten ökonomischen Modellen festgehalten. Technokratie hilft weder den Menschen in den betroffenen Staaten, noch dem Zusammenhalt in Europa. Hoffen wir auf ein Einsehen in Brüssel.

g.k.



Kontaktadressen

Ortsverband:
Marian Husmann
Münsterstraße 5
48291 Telgte
Tel: 9335136

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Hasenkamp 45
48291 Telgte
Tel. 7 70 96



Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte

Fahrräder 2015

Green's Westminster
3-Gang Nabendynamo € 399,-



Kommen Sie zur Probefahrt! - Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur
Für uns selbstverständlich

Glas • Porzellan • Fahrräder
VOGT
48291 Telgte, Ritterstraße 47
gegenüber der Feuerwehr
Fon: 0 25 04 / 21 96, Fax: 0 25 04 / 7 73 77

Geänderte Geschäftszeiten:
Di, Do+Fr 9.00 - 13.00 Uhr
u. 14.30 - 17.00 Uhr
Mo + Mi, 9.00 - 13.00 Uhr
Sa 9.00 - 12.00 Uhr

Grüner Ortsverband diskutiert in Westbevern

Ausgelöst durch die kurzfristige Planung zur Neu-einrichtung zweier Betreuungsgruppen in Vadrup, ist in den vergangenen Wochen eine teils auch öffentliche Diskussion zu verschiedenen Fragen der Dorfentwicklung entstanden. Der Einladung der GRÜNEN, diese Diskussion fortzuführen und nach gemeinsamen Antworten zu suchen, folgten gut zwanzig Westbeveranerinnen und Westbeveraner.

Kritik gab es dabei an der Erfassung des Bedarfs an Beutreuungsplätzen im Kitabereich. „Die Anmeldequote steigt in Westbevern seit Jahren kontinuierlich und Kreis und Stadt hätten viel früher einen höheren Bedarf erkennen müssen“, sagte Melanie Dange.

Katja Müller, die GRÜNE Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Sport, Soziales und Senioren, erläuterte anhand der vorliegenden Zahlen die kurzfristige Neuplanung in Westbevern und wies darauf hin, dass eine verantwortliche Haushaltsführung auch Überdeckungen in den Betreuungseinrichtungen vermeiden müsse.

Einigkeit gab es darin, dass die geplante Nutzung des ehemaligen Grundschulgebäudes in Vadrup noch ausreichend Raum zur Umsetzung der Ergebnisse der Dorfwerkstatt lässt.

Angeregt wurde in dem Zusammenhang aber auch, in der zukünftigen Bauleitplanung Raum für altengerechte Wohnungen zu berücksichtigen, da es auch zu einem Dorf



gehöre, dass ältere Menschen ihr gewohntes Umfeld nicht verlassen müssen, wenn sie ihren Alltag nicht mehr alleine bewältigen können oder wollen.

Eine klare Position bezogen die Grünen zur Entwicklung von Bauland. Udo Woltering, Ratsherr und Obmann der Grünen im Bauausschuss sagte: „Unser Ziel ist es, den dörflichen Charakter zu erhalten. Es muss aber möglich sein, das junge Familien aus Westbevern hier bauen können. Sollte dieser Bedarf durch freie Baugrundstücke im bebauten Bereich nicht zu decken sein, wird sich die

Fraktion der Grünen auch einer behutsamen Entwicklung durch kleine Neubaugebiete nicht verschließen.“

Zu der Entwicklung der St. Chrostopherus-Grundschule führte die Sprecherin der Grünen Ratsfraktion, Sabine Grohnert, aus, dass die derzeitigen Kinderzahlen eine Zweizügigkeit der Schule für mehrere Jahre gewährleisten. Sie bekräftigte noch einmal das Ziel der Fraktion, allen Kindern aus Westbevern auch die Beschulung in Westbevern zu sichern.

Die Zusammenlegung der beiden Standorte verteidigte sie: „Wir folgen damit nicht

nur den Zahlen, sondern auch dem ausdrücklichen Wunsch des Lehrkörpers, den die Entfernung der Schulgebäude immer wieder vor Probleme stellt. Die Entscheidung für das Dorf ist der besseren baulichen Bedingungen wegen, einstimmig im Rat gefasst worden.“

Den Wunsch nach verkehrsberuhigenden Maßnahmen auf der ehemaligen Landstraße im Ortsbereich Vadrup sprach Simon Polfuß an. Allerdings war auch allen anwesenden klar, dass einer Beruhigung auf der jetzigen Kreisstraße enge Grenzen gesetzt sind.

Wolfgang Pieper war ebenfalls anwesend, hielt sich allerdings weitgehend im Hintergrund und verfolgte die Diskussion. Er erläuterte auf Nachfrage Verwaltungsvorgänge und trug Fakten bei.

Marian Husmann, Sprecher des Ortsverbandes, moderierte die Veranstaltung und bedankte sich für die angeregte Diskussion. „Wir müssen einen engen Kontakt zwischen Westbevern und der Politik halten“, so Marian, „und Abende wie dieser können dazu ein wesentlicher Baustein sein.“

g.k.

Erfolgsmodell Sekundarschule

Anmeldezahlen sprechen für sich

Mit 83 Anmeldungen für das Schuljahr 2015/16 hat unsere neue Schule die Erwartungen wieder mehr als erfüllt.

Theoretisch reicht die Dreizügigkeit an unserer Sekundarschule also aus. So wie es auf dem Weg zur Inklusion sein soll, sind auch wieder einige Kinder mit verschiedenen Förderbedarfen angemeldet. Diese Klassen dür-

fen maximal mit 25 Kindern belegt werden. Und genau da liegt der „Hase im Pfeffer“. Um allen diesen Kindern gerecht zu werden, hat die Stadt als Schulträgerin bei der Bezirksregierung einen Antrag auf Vierzügigkeit gestellt. Wir sind guter Dinge, dass diesem Antrag gefolgt wird. Danach liegt die Verantwortung aber bei uns!

Die engagierten Lehrkräfte sind zwar eine gute Basis, aber sie brauchen auch die entsprechenden Rahmenbedingungen. Das heißt als erstes Klassenräume, die differenzierten Unterricht möglich machen. Aber eben auch noch mehr.

Im Laufe des nächsten Halbjahres werden sich Rat und Verwaltung der Herausforderung stellen müssen, eine

Entscheidung zu treffen, wie die Sekundarschule aussehen soll. Bei stetig klammer Kassenlage kein einfaches Unterfangen. Hier werden sich alle Beteiligten zusammensetzen müssen, nicht um einen Palast zu bauen, aber eine Schule für die Zukunft, mit einem barrierefreien Mittelpunkt.

Im Moment können wir nur DANKE sagen. Den Leh-

rerinnen und Lehrern für ihre Bereitschaft eine Schule aufzubauen und zu gestalten. Den Eltern, die ihre Kinder angemeldet haben. Angemeldet an einer Schule mit einem guten Konzept, aber eben auch mit einer Baustelle. Eine Baustelle, die Flexibilität und Geduld von allen Beteiligten abverlangen wird.

s.g.

Wie die Axt im Walde ?

Warum Bäume manchmal gefällt werden müssen

Es seien noch nie so viele Bäume gefällt worden, wie in der Amtszeit unseres grünen Bürgermeisters Wolfgang Pieper, wird von einigen Teilen der Politik behauptet. Man könnte auch sagen, es sind noch nie so viele Projekte in Telgte auf den Weg gebracht worden, wie seit Beginn seiner Amtszeit, nach Jahren der Stagnation. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Die Gründe für notwendige Baumfällungen sind vielfältig: Dringend notwendige Baumaßnahmen, wie die neue Feuerwache, der Neubau der Umflutbrücke und der Schule in Westbevern Dorf, haben es notwendig gemacht, Bäume zu entfernen. Außerdem hat die Stadt eine Verkehrssicherungspflicht, d. h. Bäume mit faulen Stämmen haben keine Standfestigkeit mehr, Brandkrustenpilz bei Linden und nicht zuletzt die immer häufiger auftretenden Stürme auf Grund des Klimawandels machen Fällungen unvermeidlich.

Bei zu starken Beeinträchtigungen von Nachbarn greift

das Nordrhein- Westfälische Nachbarschaftsrecht, auch hier kann eine Fällung notwendig werden. Das Gleiche gilt für Beschädigungen an Abflussleitungen und Pflasteroberflächen durch Wurzelwachstum und zu nah an städtischen Gebäuden stehende Bäume, die Beschädigungen verursachen können. Ihno Gerdes vom Fachbereich Planen, Bauen und Umwelt: „Baumfällungen sind immer Einzelentscheidungen, die behutsam abgewogen werden“.

Aber in Telgte werden nicht nur Bäume gefällt, wie es vielleicht in der öffentlichen Wahrnehmung erscheinen mag. Dort wo es möglich ist, werden immer Ersatzbäume gepflanzt und zwar ortsnah dort, wo sie weichen mussten. So werden mindestens zehn neue Bäume als Ersatz in die Nähe der neuen Feuerwache gepflanzt.

Für den Verlust an der Umflutbrücke werden 29 Eichen und Buchen im Pappelwald gepflanzt. Und eine große Ausgleichsfläche für einen Teil des Gewerbegebietes Kibitzpohl ist mit 70 größeren

Obstbäumen bepflanzt worden.

Im Übrigen hat das Thema Durchbegrünung bei neuen Wohnbauentwicklungen, wie in Telgte Süd Ost, einen hohen Stellenwert. Dort sind Grünflächen und zwei Spielplätze entstanden und es gibt einen Grünzug entlang des Baugebietes. Es weuden insgesamt mindestens 200 Bäume im Straßenraum gepflanzt.

Eine vor kurzem erst durchgeführte Baumfällaktion fand in den Klatenbergen statt. Begleitet vom NABU Münster sind in einem Teilabschnitt aus forstlichen Gründen, der turnusgemäß anstehenden Durchforstung und wegen verkehrssichernden Maßnahmen mehr Bäume entnommen worden.

In einem maximal 30 Meter breiten Streifen entlang des Weges wird der Waldrand „aufgelichtet“. Damit sollen zusätzliche Biotopstrukturen innerhalb der recht gleichförmigen Kiefernwäldern entstehen und Arten gefördert werden, die bevorzugt an besonnten Waldrändern zuhause sind. Dieses sind, ne-

ben seltenen Pflanzenarten, gefährdete Tierarten wie beispielsweise Eidechsen, Heidelelerche und Baumpieper, ebenso wärmeliebende Insekten wie Wildbienen, Sandlaufkäfer und Heuschrecken.

An dieser Stelle im Wald wachsen bereits jetzt schon Heidekraut, Sandsegge, Heidelbeere und andere Charakterarten der „Heidelandschaft“. Anders als an anderen Stellen im Klatenberg, an denen fast flächendeckend Brombeeren wachsen, ist dieser Waldstandort vergleichsweise mager. Brombeeren sind ein Hinweis auf die zunehmende Eutrophierung (Nährstoffeintrag). Über die Luft gelangt der Stickstoff überall hin; dieser Tatbestand lässt sich mittlerweile in den meisten Wäldern des landwirtschaftlich intensiv genutzten Münsterlandes beobachten, vor allem auf Sandböden.

Die NABU-Naturschutzstation wird sich im erforderlichen Maße um die Fläche, beziehungsweise den Waldrandstreifen, kümmern - wie auch um die Wacholderheide

nebenan.

„Manchmal sind Eingriffe in die Natur aus Naturschutzgründen notwendig, um bestimmte, zuvor abgestimmte und definierte Naturschutzziele zu erreichen, im Falle der Wacholderheide eine sogenannte offene Dünenlandschaft mit Heideentwicklung“ so Andreas Beulting von der NABU Station in Münster, „Wichtig für solch einen Eingriff sind eine klare Zieldefinition und eine fundierte fachliche Begründung“.

So lässt sich erklären, warum manchmal ein oder mehrere Bäume gefällt werden müssen. Es liegt keineswegs daran, dass Bürgermeister und Verwaltung ein besonderes Vergnügen daran hätten. Im Gegenteil: Man/Frau unternimmt alles, um Bäume in ihrem Bestand zu belassen, auch weil ein alter, gewachsener Baum nicht einfach durch eine Neuanpflanzung in seinem Erscheinungsbild zu ersetzen ist.

v.k.



Foto: v.k.

Alles dunkel oder was?

Es geht um Ökonomie, es geht um Ökologie und es geht um Sicherheit. Sie haben sicher schon erraten, worum es geht. Genau. Die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung.

In vielen Städten werden nachts die Straßenlaternen abgeschaltet, um Kosten einzusparen. Für Telgte geht die Stadtverwaltung von einem Einsparpotential von etwa 43.000 Euro aus. Und auch aus ökologischen Gesichtspunkten bringt eine Abschaltung einen wichtigen Beitrag zum Energiesparen. Die Vorteile einer Nachtabschaltung liegen also klar auf der Hand. Doch darf eine Abschaltung der Straßenbeleuchtung zwischen beispielsweise 01:00 Uhr und 04:30 Uhr nicht zu Angsträumen führen.

Auch stellen sich viele Fragen zu einer Umsetzbarkeit. Können etwa nur Teile der Laternen abgeschaltet werden und welche Laternen müssen aus Gründen der Verkehrssicherheit angeschaltet bleiben. Können Straßenzüge durch eine SMS, wie etwa in Lemgo, für eine geringe Gebühr kurzzeitig wieder eingeschaltet werden und welche Zeiträume kommen überhaupt in Frage?

Viele Fragen sind noch zu klären und die Verwaltung hat für einen der nächsten Bau- und Planungsausschüsse einen Bericht zu diesem Thema zugesagt. Vielleicht gelingt der Spagat zwischen Einsparungen und Sicherheitsgefühl ja.

m.h.



Telgte ist dem Deutschen Riga-Komitee beigetreten Ein Zeichen gegen das Vergessen

Am 06. Februar 2015 unterzeichnete Bürgermeister Wolfgang Pieper und Regierungspräsident Prof. Dr. Reinhard Klemke im Rathaus unter den Augen vieler Politiker und Gäste, sowie Vertretern des Vereins Erinnerung und Mahnung die Beitrittsurkunde der Stadt zum deutschen Riga-Komitee, welches im Jahr 2000 durch Repräsentanten deutscher Städte, sowie des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge gegründet worden war.

zahlreichen Erfrierungsopfern führte. Aus Westfalen gingen zwei Transporte aus Münster, Osnabrück, Bielefeld und Dortmund mit etwa 2000 Menschen nach Riga.

Zielsetzung des Riga-Komitees ist es, die verschüttete Erinnerung an die etwa 25.000 nach Riga Deportierten wachzuhalten. Man veranstaltet Workshops mit lettischen und deutschen Jugendlichen, um auch für nachfolgende Generationen die Erinnerung zu bewahren. Im Komitee wirken inzwischen mehr

Erde, die das ganze grauenvolle Ausmaß des Geschehens zeigt. Der gesamte Ort war ein einziger Hinrichtungsort.

Der Gedenkort ist in Quadrate nach Zahl der Massengräber aufgeteilt. In dreiundvierzig Quadraten sind bislang 43 polierte Granitplatten mit den Namen der Städte im Boden eingelassen, aus denen die Menschen nach Riga gebracht wurden. Die Steine stehen eng zusammen, so wie die Menschen vor der Erschießung.

An der Kreuzung der Achsen von Haupteingang und Erinnerungsweg wurde eine symbolische Kapelle errichtet. In deren Mitte befindet sich der Namensschrein in Form eines Würfels aus schwarzem polierten Granit, in dem sich die verplombten Kapseln mit den Namenslisten der Opfer aus den Städten, aus welchen sie stammten, befinden. Auf den seitlichen Flächen des Altars steht in Lettisch, Hebräisch, Russisch und Deutsch die Inschrift der Tora (Hiob 16; Vers 18)



Auch aus Telgte sind drei jüdische Mitbürger nach Riga deportiert worden. Siegfried Mildenberg, der mit seiner Frau Henriette und dem Pflegesohn Karl-Heinz Steinhard bis zu ihrer Schändung 1938 in der Telgter Synagoge an der Königsstraße gewohnt hat. Die Stele an gleicher Stelle und die dortigen Stolpersteine erinnern an diese Drei.

Nach den Novemberpogromen zogen die letzten verbliebenen Juden aus Telgte in andere Städte. Die meisten wurden jedoch deportiert und in Riga, Lodz, Minsk, Izbica, KZ Theresienstadt und Auschwitz ermordet. Durch Sonderabgaben auf das 'Sonderkonto W' der Reichsvereinigung musste die jüdische Bevölkerung schließlich den Abtransport in den Zügen selbst bezahlen.

Im strengen Winter 1941/1942 organisierte man den Abtransport in ungeheizten Güterwagen, was zu

als achtunddreißig deutsche Städte und die Stadt Wien zusammen.

Die Hauptidee zur Gestaltung des Denkmals kam von diesem Platz selbst. Es war ein Wunsch, für jedes Opfer einen Granitstein aufzustellen. So kamen die Architekten auf die Idee der „geöffneten,

Ach Erde,
bedecke mein Blut nicht,
und mein Schreien finde
keine Ruhestatt!

v.g.



Fotos: Klaus Beck

Impressum

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Auflage: 8.000 Stück
Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte
V.I.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:
Bernhard Drestomark (b.d.), Sabine Grohnert (s.g.), Valeska Grap (v.g.), Christoph Grünwald (c.g.) Marian Husmann (m.h.), Valerie Kelling (v.k.), Gerd Klünder (g.k.), Katja Müller (k.m.), Julia Scharfe (j.s.), Bettina Schmitte (b.s.), Peter Spieker (p.s.), Britta Sporket (b.sp.), Udo Woltering (u.w.)

Jägerschaft nicht reformfähig ?

Kontrovers diskutiert – Die Novellierung des Landesjagdgesetzes

In allen Teilen von NRW sorgt der Entwurf des ökologischen Landesjagdgesetzes für große Aufregung unter den Jägerinnen und Jägern, die ihren Unmut darüber zu tausenden in den Regionalkonferenzen zum Ausdruck gebracht haben. Die Tier- und Naturschutzverbände (NABU, BUND, Deutscher Tierschutzbund, Bundesverband Tierschutz, ETN, PETA, Animal Public, Menschen für Tierrechte und das Komitee gegen den Vogelmord) haben sich zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für eine Reform des Landesjagdgesetzes einzusetzen, das sich in seinen Grundzügen seit 1934 kaum geändert hat. Es gelte, das Jagdgesetz an ökologische und ethische Kriterien des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Weniger jagdbare Arten

Ein wesentlicher Kritikpunkt für den Landesjagdverband ist die Kürzung im Katalog der jagdbaren Arten. Er missachte die Hegeleistungen der JägerInnen für mehr Artenvielfalt und gebe dem Wild weniger statt mehr Schutz. Laut Gesetzentwurf sind die Kriterien für die verbleibenden Arten: Verwertbarkeit, Vermeidung von Wildschäden und Wildseuchen, Schutz gefährdeter Arten vor Raubwild und Verhinderung der Ausbreitung von Neozoen (Tiere, die nach nach dem Jahr 1492 direkt oder indirekt durch den Menschen in andere Regionen gelangten, wie beispielsweise Wildkaninchen von der iberischen Halbinsel oder Jagdfasane aus Mittelasien). Danach sollen 25 von bisher 30 Arten

Verbot der Baujagd

Die Baujagd auf Füchse und Dachse soll verboten werden. Dieses Verbot belaste die ohnehin gefährdeten Arten weiter, gerade in den Niederwildgebieten wie dem Münsterland und dem Niederrhein, so die JägerInnen.

Bei der Baujagd wird ein Hund zum Beispiel in einen Fuchsbau geschickt, um den Fuchs aus dem Bau zu treiben. Dabei kann es zu Beißereien zwischen Hund und Fuchs kommen. Auch muss der Hund unter Umständen ausgegraben werden, wodurch der Rückzugsraum des Fuchses zerstört wird.

Mit dem geplanten Verbot der Baujagd wäre auch die Ausbildung des Jagdhundes in einer sogenannten Schlieffenanlage nicht mehr notwendig. Eine Schlieffenanlage ist ein

begrüßt der BUND diese geplanten Maßnahmen im ökologischen Jagdgesetz und sieht dadurch keine Bestandsgefährdung seltener Arten. Ursachen seien immer die Verschlechterung der Lebensraumqualität (u.a. Mangel an Nahrungsverfügbarkeit, artspezifischer notwendiger Requisiten) bzw. die Fragmentierung und Verkleinerung der Lebensräume. Auch hier biete das Bundesnaturschutzgesetz längst ausreichende Ausnahmeregelungen, sollte es lokal aus naturschutzfachlichen Gründen als notwendig angesehen werden.

Verbot des Haustierabschlusses

Nach dem Gesetzesentwurf dürfen Katzen gar nicht mehr und Hunde nur unter ganz strengen Auflagen abgeschossen werden.

Nach Ansicht der Jägerschaft fressen Katzen zu viele Vögel und Bodenbrüter. Erstere unterliegen dem Artenschutz und zählen weniger zu den jagdbaren Arten. Naturschützer halten dagegen die Verluste naturnaher Lebensräume als wesentlich problematischer für die Vogelpopulation. Durch intensive Landwirtschaft würden wichtige Biotope verloren gehen, etwa Ackerrandstreifen und Brachflächen.

Zu diesem Ergebnis kommt auch die Deutsche ornithologische Gesellschaft auf ihrer Liste der Gründe für den dramatischen Rückgang von Feldvögeln. Nur unter Punkt neun von zehn werden nachtaktive Raubsäuger als Bedrohung für Bodenbrüter genannt, zu ihnen zählen auch Katzen.

Weitere geplante Änderungen

Mit Ausnahme von Schrotkugeln soll auch Bleimunition verboten werden, weil durch den Bleieintrag in die Umwelt eine Belastung entsteht, ebenso wie für das Wildbret eines erlegten Tieres. Für Blei gibt es keine zulässige Untergrenze.

Auch §30 des Jagdgesetzes - „Ausbildung am lebenden

Tier“ - soll geändert werden. So soll die Möglichkeit, den Jagdhund an einer flugunfähig gemachten Ente auszubilden, verboten werden. Zukünftig dürften nur flugfähige Stockenten eingesetzt werden.

Auch sollen Jagdzeiten einzelner Tierarten geändert werden. Sie sollen den wildbiologischen Erkenntnissen und den Erfordernissen der Land- und Forstwirtschaft angepasst werden. Die Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit sollen die Grundlage für die Festsetzung von Jagd- und Schonzeit bilden.

Die geplante Wiedereinführung der in der Kompetenz der Kreise liegenden Jagdsteuer halten die Grünen in Telgte für nicht angemessen, weil JägerInnen bereits eine Pacht für die Jagdreviere an die jeweiligen Grundstückseigentümer zahlen und häufig wegen Wildmangel auf Treibjagden verzichten.

Zudem sind sie es, die vorwiegend nachts auf der Straße überfahrenes Wild erlösen und beseitigen.

Das sind im Wesentlichen die strittigen Änderungen im Entwurf des ökologischen Jagdgesetzes. Es finden weitere Anhörungen dazu statt, und die massiven Proteste der JägerInnen, die darin einen Eingriff ins Eigentum und zum Teil sogar eine Verfassungswidrigkeit sehen, werden vermutlich ihre Wirkung tun.

Der NABU bekennt sich in seinem Positionspapier ausdrücklich zu einer naturverträglichen Jagd als eine Form der Landnutzung, wenn sie den Kriterien der Nachhaltigkeit und ethischen Prinzipien entspricht.

Aus Sicht der Grünen erscheinen die anhaltenden Proteste der Jäger unverhältnismäßig. Es bleibt zu hoffen, dass im Ergebnis von einer „Jagdreform“ gesprochen werden kann. In anderen Bundesländern ist man bereits einen ähnlichen Weg gegangen, und ein ökologisches Jagdgesetz sollte am Ende auch seinen Namen verdienen.

v.k.

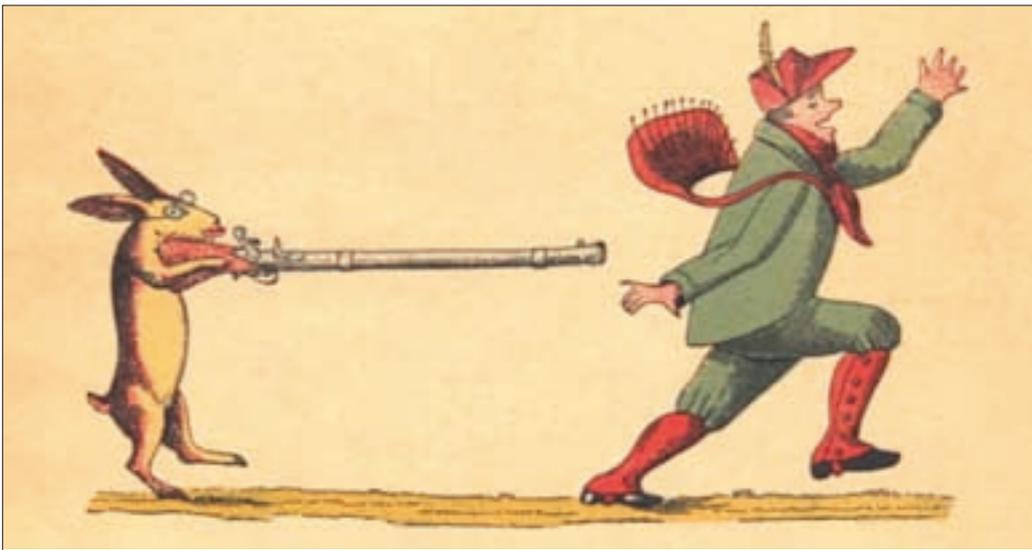


Bild: Heinrich Hoffmann, Die Geschichte vom wilden Jäger

Die Verbände berufen sich auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung, der ein ökologisches Jagdgesetz sowie einen Paradigmenwechsel zur Nachhaltigkeit vorsieht. Zur Vorbereitung des Änderungsgesetzes fand ein mehrjähriger Dialog mit Jagdverbänden, Jagdrechtsinhabern, Natur- und Umweltschutzverbänden sowie Tierschutzvereinen und Forstvertretern statt.

Der mit den betroffenen Interessenvertretern besetzte Arbeitskreis „Jagd und Naturschutz“ hat die relevanten Themenkreise diskutiert und Expertenanhörungen durchgeführt mit dem Ziel, einen breiten Konsens zu finden.

jagdbar bleiben.

Die Liste der gestrichenen Arten enthält aber viele, die schon lange in NRW ausgestorben sind oder aber seit Jahrzehnten keine Jagdzeit mehr haben. Sollte es dennoch zukünftig aus naturschutzfachlichen Gründen als geboten angesehen werden, in Bestände von Neozoen einzugreifen, bietet das Bundesnaturschutzgesetz ausreichende Ausnahmeregelungen. Für die JägerInnen heißt das, es können auch in Zukunft 98,5 Prozent aller im letzten erfassten Jagdjahr in NRW getätigten 1,2 Millionen Abschüsse erfolgen.

künstlich angelegter Fuchsbau mit mehreren Gängen, in die ein in einer Lebendfalle gefangener Fuchs und der Jagdhund hinterher geschickt wird.

Der Jäger bestimmt dabei mithilfe von Schiebern und Gittern, wann und ob der Hund den Fuchs erreichen soll. In Zukunft dürfte mit dem Hund nur an einer Duftspur eines lebenden Fuchses gearbeitet werden.

Auch die Fangjagd mit Lebendfallen soll eingeschränkt werden und Totschlagfallen sollen verboten werden. Auch das belaste das Niederwild, so die Jägerschaft. Dagegen

Wie aus Bildern Bäume werden GewinnerInnen „Ein Baum - Dein Gewinn“ freuen sich



Lilly (Sporket) & „Willi“ - heiß ersehnt und frisch gepflanzt
Foto: privat

„Köstliche von Charneux“, „James Grieve“, „Williams Christ“ ... bekamen ein neues zu Hause!

An einem der ersten sonnigen Samstage im März übergaben wir endlich unseren geduldigen PreisträgerInnen des Kreativwettbewerbs ihre Wunschbäumchen. Und wie es sich gehört, mit Stützpfehl und Kokosseil zum Befestigen, fanden die meisten jungen Halbstämmchen noch am gleichen Tag ihren neuen Platz in den Gärten der GewinnerInnen.

Wir gratulieren noch einmal ganz herzlich und hoffen, dass nun alle Obstbäumchen gut anwachsen und bald Früchte tragen. Die Pöggken-



Redaktion freut sich immer über aktuelle Fotos der Neuankömmlinge - die ersten Blüten, Früchte, Herbstfärbung oder den einen oder anderen tierischen Baumgast!

Eine wichtige Anmerkung der Redaktion: Gesucht wird einer unserer Gewinner, dem leider unser Schreiben durch die Post nicht zugestellt werden konnte. Michel Koppe - damals in Westbevern wohnend- kann sich gern bei uns melden...



Baumübergabe (von links): Regina Engbert, Tatjana Scharfe (Grüne), Christel Recke, Thomas van der Borg, Julia Scharfe (Grüne)
Foto: Thomas van der Borg



Kinder der Hasengruppe des St.-Barbara-Kindergartens Telgte
Foto: t.s.



- Photovoltaik
- Thermische Solaranlagen
- Pelletheizungen
- Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif Tel.: (025 82) 9022 16
 Kamenzstraße 8 Fax: (025 82) 9021 65
 48351 Everswinkel www.solar-konzept.net



Trainings und Coaching
 klare Kommunikation
 überzeugende Ausstrahlung
 authentisches Auftreten

Die equi valent - Pferdeschule®
 Reiten
 Körperschulung
 Pferdekommunikation

Daniela Kaminski
 Coach (Ri DGfC),
 Unternehmensberaterin

Am Jägerhaus 6
 48291 Telgte
 Fon: 02504 / 985 995
www.equi-valent.de

equi valent
 mit Pferden lernen

Bei den Tatsachen bleiben! Zusammenarbeit zwischen Krink und Politik darf nicht zum Spielball werden

In einem Leserbrief in den Westfälischen Nachrichten vom 11. Februar greift die Vorsitzende des Westbeverner Krink den Bürgermeister, der Planungen bezüglich des Grundschulgebäudes in Vadrup wegen, scharf an.

Der Vorwurf in der Sache ist an die falsche Adresse gerichtet und mit wenigen Worten zu entkräften: Der für die Bereitstellung von Betreuungsplätzen zuständige Kreis Warendorf ist bei seinen Prognosen zwar zu nicht zutreffenden Zahlen gekommen, dabei aber ausdrücklich in Schutz zu nehmen. Der hö-

here Bedarf an Betreuungsplätzen ist mittelfristig auf die natürlich nicht prognostizierbare und erfreulich hohe Zahl an Geburten zurückzuführen, vor allem aber auf das Maß der Inanspruchnahme des gesetzlichen Rechtes auf Betreuung.

Die Anmeldungen in Westbevern gehen über die bundesweit zugrunde gelegten 35 Prozent, wie auch über die vorsorgliche Abdeckung des Kreises von 60 Prozent, weit hinaus. Die Stadt unterstützt, im Rahmen ihrer Aufgaben, den Kreis bei der Erfüllung seiner Pflichten, und das im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger. In diesem Fall derjenigen aus Westbevern. Dass dabei, der Situation entsprechend, sehr schnell gehandelt wurde, ist positiv zu bewerten und hat mit Intransparenz nichts zu tun. Die Berührung von Planungen der Dorfwerkstatt ist unvermeidlich und schränkt diese ein. Sie macht sie aber nicht überflüssig und führt sie auch nicht ad Absurdum. Und, wie gesagt: Im Interesse der Eltern und der Kinder in Westbevern.

Dabei bleibt es aber nicht. Die Vorsitzende kommt von Kita-Plätzen auf eine Schließung der OGS in Westbevern, auf die Verwendung von

Westbeveraner Kindern als „Auffüllmaterial“ für Grundschulklassen in Telgte und am Ende auf die Auflösung des Grundschulstandortes Westbevern. „Ein Szenario, was der Rat eigentlich abgelehnt hat,“ (Wann denn? Über eine Schließung des Standortes Westbevern wurde nie auch nur geredet!) „aber die Verwaltung offenbar aktiv und sehr strategisch weiter verfolgt.“

Diese Gedankenkette ist frei erfunden und sicher dazu geeignet, die Zusammenarbeit zwischen Krink und Verwaltung erheblich zu belasten.

Die größte Gefahr besteht aber darin, dass sie geglaubt wird und dass die Westbeveranerinnen und Westbeveraner von falschen Voraussetzungen ausgehen. Im Grunde werden die Menschen auf diesem Weg hinter das Licht geführt, und es bedarf eines guten Willens, durch beharrliche und positive Kommunikation einen Schaden zu vermeiden. Zum Glück ist dieser Wille uneingeschränkt vorhanden, weil das hohe Engagement, besonders in der Dorfwerkstatt geschätzt wird und nicht gefährdet werden darf.

g.k.

Vor 2016 gehts nicht Sanierung in der Marienschule hätte kostenneutral gesichert werden können

Dringend sanierungsbedürftig ist die Toilettenanlage in der Marienschule, und die Planungen der Stadtverwaltung sehen eine entsprechende Maßnahme für 2016 auch vor.

Dass das nicht schon 2015 geschehen soll, liegt nicht an fehlenden Geldmitteln, denn die Sanierung wird aus der Schulpauschale bezahlt, so dass die Finanzierung schon gesichert ist, sondern an der Aus- bzw. Überlastung des Fachbereichs 6, des Bauamtes. Die Fraktion der Grünen

hat deshalb zwei Anträge gestellt, die im Zusammenhang gesehen werden müssen, sie wollte die Maßnahme vorziehen und den Fachbereich 6 um eine halbe ArchitektInnenstelle verstärken.

Aber auch dann, so die Ausführungen der Verwaltung, wäre eine Durchführung in diesem Jahr nicht möglich, weil eine zusätzliche Arbeitskraft frühestens Mitte des Jahres eingestellt werden und entsprechend keine Sanierung planen könne, die ihres Umfangs wegen nur in

den Sommerferien ausgeführt werden kann.

Dem Antrag, das Geld für die Maßnahme trotzdem bereits in diesem Jahr einzustellen, so dass am Jahresende eine Rückstellung und damit die Maßnahme ganz sicher in 2016 erfolgen kann, wollten die anderen Fraktionen allerdings nicht zustimmen. Das wäre schadlos und ohne Auswirkungen auf das Haushaltergebnis gewesen, die Gründe für die Ablehnung sind uns nicht bekannt. Schade!

g.k.

Abweichler*in

Ohne Sonntage nur noch Werktage?

Da beschließt der Rat nahezu einstimmig die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage wie in den letzten Jahren auf vier festzusetzen und kaum jemand widerspricht.

Rechtlich sind diese vier Sonntage die maximale Anzahl, die die Stadt zur Verfügung stellen darf. Zu diesen Abstimmungen ist ein Votum von verschiedenen Verbänden und Institutionen einzuholen. In diesem Jahr hat erstmals die Gewerkschaft ver.di dem Ansinnen der Stadt widersprochen, die vollen vier Sonntage zur Verfügung zu stellen.

Die katholische und evangelische Kirche scheint sich hieran nicht zu stören. Merkwürdig eigentlich, denn schon in der Bibel steht über den Sabbat „Da sollst du keine Arbeit tun, auch nicht dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Rind, dein Esel, all dein Vieh, auch nicht dein Fremdling, der in deiner Stadt lebt, auf dass dein Knecht und deine Magd ruhen gleichwie du.“ (5. Mose 5,12-15).

Der Einzelhandel freut sich verständlicherweise über jeden Sonntag mehr. Denn schließlich ist bei schönem Wetter die Innenstadt voll, die Menschen ha-

ben Zeit und können shoppen.

Ein Rat voller PolitikerInnen, deren größte Fraktion das christlich sogar im Namen trägt, muss jedoch die unterschiedlichen Interessen gegeneinander abwägen. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen gegen das Interesse der EinzelhändlerInnen. Argumente wie die Öffnungszeit des Internets sind natürlich populistisch und sich für ArbeitnehmerInnen einzusetzen ist natürlich wirtschaftsfeindlich.

Doch werden wir unserer Abwägungsaufgabe gerecht, wenn wir ohne Diskussion in vorseilendem Gehorsam das maximal gesetzlich mögliche freigeben? Meine Überzeugung ist das nicht!

Klar, ein Sturm im Wasserglas kann jetzt geantwortet werden, denn es geht immerhin „nur“ um vier Sonntage. Aber warum muss während des Erntedankfestes, nur drei Wochen nach dem verkaufsoffenen Sonntag zu Kirmes, schon wieder verkaufsoffen sein? Ich brauch das nicht. Ich kann schließlich auch an den anderen sechs Wochentagen einkaufen gehen. Denn ohne Sonntage gäbe es nur noch Werktage!

m.h.



Erweiterung des Gefahrgutlagers hinter dem Bahnhof?

Die Firma Bomix möchte am Gildeweg, hinter dem Bahnhof, das Lager für Gefahrstoffe erweitern. Zu den vorhandenen ober- und unterirdischen Lagern beantragt die Firma ein weiteres oberirdisches Lager für bis zu 100 Tonnen „entzündbare oder leicht entzündbare Lösemittel/Gefahrstoffe“ (Zitat: Sitzungsvorlage Planungsausschuss vom 29. Januar 2015). 100 Tonnen ergeben ca. 125.000 Liter gleich 6 LKW voll Lösungsmittel, die zusätzlich am Gildeweg gelagert werden sollen.

Die Diskussion zu der Frage, ob die Firma Bomix am Gil-

deweg ihr Lager und ihre Produktionsstätte erweitern darf, lief in der Planungsausschuss-sitzung am 29. Januar 2015 völlig in die falsche Richtung. Es wurde nicht diskutiert, ob der Umgang im Rahmen der Produktion mit Gefahrgut und die Lagerung von bis zu 100 Tonnen „entzündbare oder leicht entzündbare Lösemittel/Gefahrstoffe“ möglicherweise eine Gefährdung der Wohnbevölkerung im Gewerbegebiet und im Bereich des Bahnhofes darstellt. Denn auch im Gewerbegebiet gibt es Wohnungen.

Stattdessen sprach die CDU und FDP von wirtschafts-

feindlichen Beschlussvorlagen. Volker Hövelmann (CDU) verglich die von den Lösungsmitteln ausgehende Gefahr mit der von Waschmitteln und holte zum Rundumschlag aus bezüglich der Wirtschaftsentwicklung in der Stadt Telgte.

Leider konnte die Verwaltung aber auch keine abschließende Auskunft geben, so dass ein Beschluss vertagt wurde.

Wir Grüne meinen, dass das Gefährdungspotenzial von diesem Lager ernstgenommen werden muss. Hier hat die Firma die Pflicht, nachzuweisen, dass keine Gefährdung für die Anrainer besteht. Die Bauver-

waltung des Kreises und die Stadtverwaltung haben hier die Pflicht, aufzuklären und die entsprechenden Vorschriften anzuwenden.

Wir wollen wissen, welche Stoffe gelagert werden und welches Gefahrenpotenzial von diesen Stoffen ausgeht. Dafür gibt es entsprechende gesetzlich vorgeschriebene Datenblätter.

Wir möchten auch sichergestellt wissen, dass bei den engen räumlichen Verhältnissen auf dem Firmengelände keine Unfälle durch rangierende LKWs passieren können.

Das alles hat nichts mit Wirtschaftsfreundlichkeit oder

-feindlichkeit, sondern mit der Fürsorgepflicht für die Anwohner zu tun.

Im Übrigen hat die Firma Bomix 2012 die Leitlinien für responsible care der Vereinigung der Chemischen Industrie unterzeichnet: „Sicherheit für Mensch und Umwelt sind von fundamentaler Bedeutung“. Daran muss sich die Firma messen lassen. Die Grünen werden die beantragte Lagererweiterung an dem sensiblen Standort weiter kritisch begleiten.

u.w.

Telgter Teiler

Zuschuss genehmigt

Der Telgter Teiler ist ein Zusammenschluss der Telgter Kirchengemeinden, der mit Unterstützung der Stadt Telgte praktische Hilfe für in Not geratene Menschen in Telgte leisten will. Nach neun Monaten organisatorischem Vorlauf wurde am 20. Oktober 2010 die erste Ausgabe des Telgter Teilers durchgeführt.

Der Telgter Teiler finanziert sich ausschließlich über Spenden. Wöchentlich holen ca. hundert Bedarfsgemeinschaften, was etwa 295 Kinder, Frauen und Männer bedeuten, Lebensmittel.

Die Kilometerleistung der Abholer im Jahr 2014 betrug

7.000 km. Die Abholmengemenge im Jahr 2014 betrug 29.000 Kilogramm. Die Menschen, die hier mitarbeiten, tun das ehrenamtlich.

Die Mehrzahl der Personen, die die Einrichtung aufsucht befindet sich in einem Alter zwischen 30 und 60 Jahren. Es profitieren auch viele Kinder vom Telgter Teiler. Zukunftsprognosen zeigen die Notwendigkeit des Fortbestands des Teilers, da die Personenzahl der Bedürftigen wachsen wird.

Der Telgter Teiler sieht sich selbst nicht als „Beruhigungspflaster“, für untätige Politik auf Bundes- und Landesebene, sondern als ständige

Aufforderung und Mahnung an die politisch Verantwortlichen und Zuständigen, endlich Strukturen zu schaffen, die Armut nachhaltig vermeiden.

Der Telgter Teiler beantragte einen Zuschuss der Stadt Telgte für das Haushaltsjahr 2015, um seine laufenden Betriebskosten zu decken, da ein strukturelles monatliches Defizit von 350-400 Euro existiert. Dieser Zuschuss wurde mit den Stimmen der Grünen Fraktion bewilligt.

v.g.



Fotos: v.g.



Wer fegt, muss zahlen

Alternative Konzepte zur Laubentsorgung unerwünscht

Ibbenbüren, Köln und Hopten – drei Städte, in denen Anlagen zur energetischen Nutzung von Grünabfällen betrieben werden. Der Clou: Die Bürgerinnen und Bürger können ihre Grünabfälle kostenlos abgeben, sofern diese nicht, ebenfalls kostenlos, abgeholt werden.

Auf solche Lösungen zielte ein Antrag der Grünen im Umweltausschuss (Ausschuss für Planen, Bauen, Umland und Umwelt), der den Klima-

manager der Stadt beauftragen wollte, Informationen zu laufenden Anlagen zu sammeln und in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderer nach privatwirtschaftlichen Betrieben zu suchen, die entsprechende Projekte auch in Telgte auf den Weg bringen können.

Mit der kostenlosen Entsorgung, den Möglichkeiten für die Privatwirtschaft und der energetischen, also CO₂-sparenden Nutzung, quasi eine

win-win-win Situation. Leider wurde der Antrag von CDU und FDP abgelehnt, denn, nach deren Ansicht, läge die Grünabfallverwertung bei der AWG (Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises) in guten Händen.

Also werden auch in Zukunft die „guten Hände“ weiter aufgehalten, wenn die wertere Leserin, der wertere Leser, das zusammengefeigte Laub am Recyclinghof abgibt.

g.k.

Verstärkung für Emsschwimmer Paul

Am 26. April ist es soweit: die Alltagsmenschen kommen wieder nach Telgte. Für drei Monate werden die beliebten Beton-Figuren in der Stadt zu sehen sein. Worauf wir uns freuen können, verrät uns Simone Thieringer vom Kulturmanagement der Stadt Telgte.

2009 gab es bereits eine größere Ausstellung der Alltagsmenschen von Christel Lechner. Wie viele Expona-

te kommen denn 2015 nach Telgte?

In Telgte werden 50 Figuren aufgestellt. Dabei sind drei größere Inszenierungen mit mehreren Figuren die Highlights. Daneben werden auch viele Einzelskulpturen zu sehen sein, die im Dialog miteinander stehen.

Wird Frau Lechner nach Telgte kommen, um die Alltagsmenschen aufzubauen? Welchen Einfluss haben die

örtlichen Gegebenheiten auf die Zusammenstellung der Alltagsmenschen?

Frau Lechner war einige Male zur Auswahl der Standorte in unserer Stadt. Sie mag Telgte gerne – sonst hätte sie der erneuten Ausstellung sicher nicht zugestimmt. Sie ist begeistert von der Geschlossenheit der Innenstadt und den schönen Ecken, Plätzen und Winkeln. Für 2015 wurde der westliche Teil der Alt-

stadt bis hin zum Bahnhof als Ausstellungsraum gewählt. Hier ergeben sich neue Perspektiven und Möglichkeiten. Die persönliche Auswahl der Standorte ist ihr sehr wichtig und Teil des Konzeptes. Beim Aufbau wird sie selbstverständlich dabei sein und letzte Anweisungen geben.

Wie entstehen die Ideen zu Frau Lechners Figuren?

Schon der Titel Alltagsmenschen beschreibt das, was Christel Lechner gestaltet und beobachtet. Die Auseinandersetzung mit dem alltäglichen, mit dem was uns umgibt, ist ihre Idee. Sie beobachtet akribisch, um auch Details in ihre Arbeiten einfließen zu lassen.

b.sp.



Wech isse!



ZWEIRAD ROSS
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE
SCHÜRENSTRASSE 7-9 • SASSENBERG • TEL.: 02583/1005

**Sommer,
wir wären dann soweit!**

**KOGA[®]
E-NOVA**

Schön und komfortabel fahren
E-Bike mit zuverlässigem Bosch-Motor, Rücktritt und leicht entnehmbarem Akku im Gepäckträger. Leichter, doppelt gehärteter und endverstärkter Aluminium-Rahmen.

Schachblumenmarkt in Sassenberg

**Verkaufsoffener Sonntag am 29.3.
von 13 bis 18 Uhr**